

Titel/Title: Modernisierung und Demokratisierung
Das Erklärungspotenzial neuerer differenzierungstheoretischer Ansätze

Autor*innen/Author(s): Thomas Kern

Veröffentlichungsversion/Published version: Postprint

Publikationsform/Type of publication: Artikel/Aufsatz

Empfohlene Zitierung/Recommended citation:

Kern, T. Modernisierung und Demokratisierung. Koelner Z.Soziol.u.Soz.Psychol 59, 30–58 (2007). <https://doi.org/10.1007/s11577-007-0002-5>

Verfügbar unter/Available at:

(wenn vorhanden, bitte den DOI angeben/please provide the DOI if available)

<https://doi.org/10.1007/s11577-007-0002-5>

Zusätzliche Informationen/Additional information:

This version of the article has been accepted for publication, after peer review and is subject to Springer Nature's AM terms of use, but is not the Version of Record and does not reflect post-acceptance improvements, or any corrections. The Version of Record is available online at:
<https://doi.org/10.1007/s11577-007-0002-5>

CONTACT

Thomas Kern, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Rothenbaumchaussee 32, 20148, Hamburg, Germany, Kern@giga-hamburg.de

MODERNISIERUNG UND DEMOKRATISIERUNG*

Das Erklärungspotenzial neuerer differenzierungstheoretischer Ansätze

Thomas Kern

Zusammenfassung: In den Sozialwissenschaften herrscht heute weitgehend Einigkeit darüber, dass die Demokratie ein Produkt der Moderne ist: Sobald eine Gesellschaft sich auf den Modernisierungspfad begibt, besonders in Sachen Ökonomie, gilt der demokratische Übergang über kurz oder lang als unausweichlich. Je mehr die gesellschaftliche Komplexität zunimmt, desto höher sind die Anforderungen an die Steuerungskapazitäten des Staates. Aus diesem Grund werden autoritäre Entwicklungsdiktaturen langfristig durch liberale Demokratien ersetzt. Die Frage, welche kausalen Ursachen und Mechanismen hinter dem Zusammenhang zwischen Modernisierung und Demokratisierung stehen, ist bislang aber nicht hinreichend beantwortet worden. Während die meisten Erklärungsangebote an funktionalistische Konzepte anknüpfen, nähert sich der vorliegende Artikel diesem Thema aus konstitutionstheoretischer Perspektive. Die Argumentation erfolgt dabei in vier Schritten: Im ersten Schritt werden die Beiträge Parsons' und Luhmanns zur Erklärung von Demokratisierungsprozessen diskutiert. Im zweiten Schritt folgt ein Überblick über neuere nicht-funktionalistische Ansätze in der Theorie sozialer Differenzierung. Daran anknüpfend wird im dritten Schritt der Zusammenhang zwischen Modernisierung und Demokratisierung am Fallbeispiel Südkoreas (1979–1987) untersucht. Die empirische Analyse erstreckt sich dabei auf soziale Ungleichheitsstrukturen in den Teilsystemen, die Träger und Motive prodemokratischer Proteste und das zeitliche Verlaufsmuster der Auseinandersetzungen zwischen der Demokratiebewegung und dem autoritären Regime. Im vierten Schritt wird das Erklärungspotenzial nicht-funktionalistischer Differenzierungstheorien für die Analyse von Demokratisierungsprozessen diskutiert.

I. Einleitung

Während des Kalten Krieges herrschte unter westlichen Sozialwissenschaftlern die Ansicht, dass die demokratische Partizipation der Bevölkerung zumindest zeitweise eingeschränkt werden muss, wenn ein Staat sich wirtschaftlich entwickeln will (Przeworski 2003: 42). Demokratie – so die vorherrschende Erwartung – würde sich erst einstellen, sobald der Staat ein gewisses ökonomisches Entwicklungsniveau erreicht habe. Die Tatsache, dass damals in fast allen armen Staaten Diktaturen herrschten, während sich in den meisten wohlhabenden Ländern Demokratien gebildet hatten, schien diese Überzeugung zu bestätigen. Ihre anspruchvollste theoretische Formulierung fand sie in der

* Die Arbeit an diesem Artikel war nur dank großzügiger Stipendien der DFG, der Humboldt-Stiftung und der Korea Foundation möglich. Ebenso danke ich den Professoren Uwe Schimank und Franz-Xaver Kaufmann für ihre Begleitung und Unterstützung während dieses Forschungsprojekts. Bei der Ausarbeitung dieses Artikels erhielt ich wertvolle Anregungen von den anonymen Gutachtern der KZFSS.

Systemtheorie Talcott Parsons' (1967). Er postulierte einen festen Zusammenhang zwischen Modernisierung und Demokratisierung. Der Schlüssel zur Demokratie lag demzufolge in der Steigerung der gesellschaftlichen Komplexität durch *soziale Differenzierung*: Wirtschaftswachstum begünstigt Diversifizierungsprozesse in der Volkswirtschaft, im Bildungssystem und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Je mehr dabei die gesellschaftliche Komplexität zunimmt, desto höher werden die Anforderungen an die Steuerungskapazitäten des Staatsapparates. Aus diesem Grund werden autoritäre Entwicklungsdiktaturen langfristig durch liberale Demokratien mit hoher Kontrollelastizität ersetzt. Wichtigster Antriebsfaktor der weltweiten Demokratisierung ist demnach die „kybernetische Überlegenheit“ (Welzel 1996: 65) der Demokratie.

Mit dieser Erklärung wird aber nur die funktionale „Überlegenheit“ der Demokratie begründet, die kausalen Ursachen für Demokratisierungsprozesse bleiben unklar. Die zumeist quantitativ-ländervergleichende Forschung (Lipset 1981; Burkhart und Lewis-Beck 1994; Diamond 2003) versuchte diese Lücke zu füllen, indem sie den Übergang zur Demokratie durch die Entstehung postmaterialistischer Einstellungen wie politischer Toleranz, generellem Vertrauen, ideologischem Pragmatismus etc. erklärte (Inglehart und Baker 2000). Demnach verschieben sich mit zunehmendem Wohlstand in der Bevölkerung die Ansprüche von der reinen Befriedigung existentieller Grundbedürfnisse hin zu persönlicher Entfaltung und öffentlicher Partizipation. Dieser Impuls fällt umso stärker aus, je mehr sich eine stabile Mittelschicht herausbildet. Bei anhaltendem Wirtschaftswachstum unter repressiven Bedingungen steigt deshalb langsam der Druck in Richtung Demokratisierung.

Die These eines postmaterialistischen Wertewandels kann als Erklärung jedoch ebenfalls nicht vollständig überzeugen, da komplexe makro-soziale Transformationsprozesse auf eine einfache Aggregation individueller Verhaltensweisen zurückgeführt werden. Das heißt, es wird versucht, „soziale Veränderungen nur anhand von Kultur oder Werten zu erklären, ohne soziale Organisation einzubeziehen“ (Coleman 1995: 12). In der Folge entsteht das Bild einer Gesellschaft ohne Institutionen. Solange aber nicht gezeigt werden kann, wie die Vermittlung zwischen Mikro- und Makro-Ebene aussieht und welche Rolle die gesellschaftlichen Institutionen bei der Demokratisierung spielen, fehlt dieser Erklärung eine wichtige Komponente. Infolgedessen verlagerte sich die Diskussion in den letzten Jahren zunehmend auf die Frage, durch welche *sozialen Mechanismen* ökonomische Modernisierung und Demokratie miteinander verbunden sind.

Diese Diskussion war bisher maßgeblich von klassentheoretischen Ansätzen bestimmt, in denen differenzierungstheoretische Fragestellungen nur am Rande eine Rolle spielen (Collier 1999; Rüschemeyer et al. 1992). Vor diesem Hintergrund untersucht der folgende Artikel am empirischen Fallbeispiel Südkoreas die Frage, welchen Beitrag neuere, nicht-funktionalistische Ansätze in der Theorie sozialer Differenzierung zur Erklärung von Demokratisierungsprozessen leisten können. Der folgende Abschnitt *II.* beschäftigt sich zunächst mit den Beiträgen Parsons' und Luhmanns. In Abschnitt *III.* werden neuere Ansätze diskutiert, die sich im Gegensatz zu funktionalistischen Theorien aus konstitutionstheoretischer Perspektive mit Differenzierungsprozessen beschäftigen. Davon ausgehend wird der Zusammenhang zwischen Modernisierung und Demokratisierung in Abschnitt *IV.* am Fallbeispiel Südkoreas empirisch untersucht. Das Ziel besteht darin, den sozialen Mechanismus herauszuarbeiten, der zur Demokratisierung

führte. In Abschnitt V. werden die zentralen Ergebnisse dieser Studie vor dem Hintergrund bisheriger funktionalistischer Erklärungen zusammenfassend diskutiert.

II. Funktionalistische Ansätze der Demokratisierungsforschung

1. Parsons

Parsons (1972, 1967) versteht die Geschichte als einen vom fortwährenden Streben nach Steigerung der gesellschaftlichen Problemlösungskapazitäten angetriebenen Evolutionsprozess. Dabei stellen sich immer wieder zufällige Variationen in den Strukturen ein, die zu leistungsfähigeren Lösungen bei der Bewältigung von Anpassungsproblemen führen und der Gesellschaft den Sprung auf ein höheres Komplexitätsniveau ermöglichen. Den Schlüssel zur Steigerung der gesellschaftlichen Komplexität sieht Parsons in der funktionalen Differenzierung: Sobald die bisherige Gesellschaftsstruktur nicht mehr in der Lage ist, anstehende Probleme zu lösen, entsteht ein Druck in Richtung Differenzierung. Dabei gleicht das Gesellschaftssystem seine Struktur immer stärker den Funktionserfordernissen des AGIL-Schemas an (Schimank 1996: 129): Die gesellschaftliche Gemeinschaft spezialisiert sich auf Integration, die Wirtschaft auf Anpassung, das kulturelle Treuhandsystem auf latente Strukturhaltung und die Politik auf Zielerreichung. Diese Entwicklung ist begleitet von Prozessen der Standardhebung, Inklusion und Wertegeneralisierung (Parsons 1975: 39–43). Je weiter die Gesellschaft auf diesem Weg voranschreitet, desto überlegener sind ihre Problemlösungskapazitäten.

Nicht alle strukturellen Variationen haben jedoch den gleichen Stellenwert. Für die langfristige Anpassungsfähigkeit ist es Parsons zufolge erforderlich, dass die Gesellschaft besondere Innovationen hervorbringt, die er als „evolutionäre Universalien“ bezeichnet: Darunter versteht er „Erfindungen“, die so wichtig sind, „dass nur diejenigen Systeme, die diesen Komplex entwickeln, höhere Niveaus der generellen Anpassungskapazität erreichen“ (Parsons 1967: 56). Beispielsweise im Übergang zur Moderne spielen die bürokratische Herrschaft, das geldwirtschaftliche Marktsystem, das universale Recht und schließlich die *Demokratie* eine entscheidende Rolle. Die Durchsetzung evolutionärer Universalien erfolgt dabei nicht immer sofort; manche Neuerungen entfalten erst über lange Zeiträume hinweg ihre volle Wirkung.

Für Parsons ist die Demokratie somit ein unverzichtbarer Bestandteil moderner Gesellschaften. Ihre Funktion besteht in der Rückbindung der politischen Instanzen an die gesellschaftliche Gemeinschaft. Ihr Ausgangspunkt war die Entstehung des modernen Staates in Europa. Mit zunehmender Zentralisierung der Gewalt entwickelte sich das politische Teilsystem zu einem auf die Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen spezialisierten Organ. Mit der Differenzierung politischer und diffuser sozialer Macht – Parsons (1972: 28) spricht von „Autorität“ – konnten sich die Inhaber politischer Führungspositionen aber nicht länger auf ein traditionales Verständnis von Herrscher und Untertan berufen. Die daraus resultierenden Legitimationsprobleme wurden in modernen Gesellschaften daher zunehmend durch die demokratische Wahl des Führungspersonals gelöst. Die überlegene Stärke der Demokratie besteht Parsons zufolge darin, dass sie nicht nur die allgemeine Legitimierung von Herrschaft und

Modernisierung und Demokratisierung

Macht zu leisten vermag, sondern auch „die Vermittlung von Konsensus über die Ausübung von Macht und Herrschaft durch ganz bestimmte Personen und Gruppen und ganz bestimmte, bindende Entscheidungen“ (Parsons 1967: 70).

Damit beschreibt Parsons die beiden zentralen Bedingungen für die Stabilität politischer Systeme: erstens ein hoher Grad an funktionaler Differenzierung in der Gesellschaft und zweitens eine ausreichende Zufuhr von Legitimität (Merkel 1999: 80). Solange die politische Herrschaft auf Zwang und verordneter Ideologie beruht, behindert sie jede weitere Ausdifferenzierung der funktionalen Teilsysteme. Eine autonome Entwicklung der Kultur, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gemeinschaft ist unter diesen Bedingungen nicht möglich. Die Folge sind dauerhafte Legitimitätsprobleme und chronische Instabilität. Mit zunehmendem Problemdruck stellen sich daher nur zwei Alternativen: Entweder die Gesellschaft vollzieht den Übergang zur Demokratie oder sie fällt „in weniger entwickelte und politisch weniger effektive Organisationsformen“ (Parsons 1967: 71) zurück. In dieser Hinsicht kann Parsons für seine Systemtheorie zumindest in Anspruch nehmen, dass sie sich als prognosetauglich erwiesen hat, wenngleich sie natürlich nicht in der Lage war, den exakten Zeitpunkt des Zusammenbruchs etwa der kommunistischen Herrschaftssysteme in Osteuropa zu bestimmen.

2. Luhmann

Ähnlich wie Parsons konstatiert auch Luhmann einen engen Zusammenhang zwischen Modernisierung und Demokratisierung. In seiner Theorie verschiebt er den Akzent allerdings von den im AGIL-Schema festgelegten Bestandsproblemen auf die geschlossene und dauerhafte Selbsterzeugung (Autopoiesis) sozialer Systeme (Luhmann 1984: 86). Luhmann fasst die Teilsysteme dabei strikt „als rekursiv vernetzte Kommunikationszusammenhänge“ (Schmidt 2005: 407) auf, die Ereignisse in ihrer Umwelt mit Hilfe so genannter binärer Codes wahrnehmen und verarbeiten. Beispiele sind Wahrheit/Unwahrheit in der Wissenschaft oder Regierung/Opposition in der Politik. Welchem Codewert dabei wann der Vorzug zu geben ist, wird durch unabhängige Programme in Form von Theorien in der Wissenschaft oder Parteiprogrammen in der Politik bestimmt. Indem die Teilsysteme durch Programme ihre Strukturen verändern, ohne dadurch ihre codebasierte Identität zu gefährden, sichern sie ihre Resonanzfähigkeit gegenüber Anforderungen aus der Umwelt (Luhmann 1986: 91). Auf diese Weise kann etwa die Politik durch die Festlegung von Förderschwerpunkten auf die wissenschaftliche Forschung Einfluss nehmen. Soweit die Entscheidung über die Wahrheit oder Falschheit von Aussagen aber weiterhin nach innerwissenschaftlichen Kriterien erfolgt, bleibt die wechselseitige Unabhängigkeit der Teilsysteme davon unberührt. Von einer Steuerung der Wissenschaft durch die Politik kann nicht die Rede sein.

Die moderne Gesellschaft präsentiert sich somit als ein plurales Nebeneinander von ungleichartigen, aber gleichrangigen Teilsystemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft etc. Vor diesem Hintergrund versteht Luhmann, ähnlich wie Parsons, die Demokratie als einen Mechanismus, der die Unabhängigkeit des politischen Teilsystems absichert. Ihre Funktion besteht aber nicht nur darin, der politischen Machtbildung zu einer eigenständigen Legitimitätsgrundlage zu verhelfen: Im Grundsatz geht es darum, die Ge-

sellschaft für funktionale Differenzierungen offen zu halten (Luhmann 1987). Damit rückt Luhmann einen Aspekt in den Vordergrund, der erst in den letzten Jahren auch in der politikwissenschaftlichen Demokratisierungsforschung an Bedeutung gewonnen hat: Demokratisierung kann sich nicht in der Einführung freier Wahlen erschöpfen (O'Donnell 2001; Collier und Levitsky 1997). Vielmehr bedarf es grundrechtlicher Rahmenbedingungen, die einerseits die Bürger vor dem Staat schützen, damit sie nicht zu einem Verhalten genötigt werden, das im Widerspruch zu den Erfordernissen einer differenzierten Sozialordnung steht. Andererseits muss aber auch die Unabhängigkeit staatlicher Entscheidungen gegenüber den partikularen Einflüssen einzelner Interessengruppen gewahrt werden. Diese Voraussetzungen werden in den meisten modernen Demokratien durch den verfassungsmäßigen Schutz der Menschenwürde, der Kommunikationsfreiheit und des Gleichheitsgrundsatzes erfüllt (Luhmann 1974).

Ohne die Grundrechte ist funktionale Differenzierung auf Dauer somit kaum denkbar: Sie „verhindern die Ausrichtung aller Kommunikation an den besonderen Handlungszwecken der Staatsbürokratie und ermöglichen gerade dadurch die Rationalisierung dieser Zwecke im Sinne einer funktional spezifischen Leistung, die immer andere Leistungen, andere Systeme der Interessenverfolgung, andere Quellen der Macht und des Sozialprestiges in der Sozialordnung voraussetzen muss“ (Luhmann 1974: 23). Die Demokratie ist somit die Bedingung der Möglichkeit für die volle Herausbildung einer funktional differenzierten Sozialordnung. Umgekehrt stoßen Gesellschaften, die diesen Zusammenhang ignorieren, im Modernisierungsprozess schnell auf ihre Grenzen (Willke 1998: 81).

Diesen Aspekt hat Pollack (1990) in seiner Studie über den politischen Transformationsprozess in der DDR deutlich herausgearbeitet. Der Staat setzte sich an die Spitze der Gesellschaft und regierte ungehindert in beinahe alle Bereiche der Gesellschaft hinein. Dies hatte besonders für die Wirtschaft fatale Folgen. Die Lehre daraus lautet, dass, solange die ökonomische Funktionslogik durch den politischen Code überlagert wird, nicht nur die Leistungsfähigkeit der Teilsysteme leidet, ihre Funktionskrisen untergraben auch die Legitimität des Staates und schlagen früher oder später in politische Krisen um. Die Demokratie gilt somit auch in der neueren Systemtheorie als überlegene Form der politischen Selbststeuerung komplexer Gesellschaften.

Zusammenfassend kommen Parsons und Luhmann trotz aller Unterschiede zu einer ähnlichen Diagnose: Die Blockade von Differenzierungsprozessen, mangelnde Problemlösungsfähigkeit und Legitimationsdefizite führen langfristig dazu, dass autoritäre Herrschaftsformen im Zuge der sozialen Evolution immer mehr durch leistungsfähigere liberale Demokratien ersetzt werden. Auf dieser Grundlage bietet die Systemtheorie zumindest im Ansatz eine plausible modernisierungstheoretische Begründung für den weltweiten Siegeszug der Demokratie (Wejnert 2005; Huntington 1991).

III. Konstitutionstheoretische Analyse von Differenzierungsprozessen

Trotz ihrer unbestreitbaren Verdienste wurde in den letzten Jahren immer wieder auf Schwächen der Systemtheorie hingewiesen (Giddens 1995: 347–352; Joas 1992: 306–325; Granovetter 1979). Die Einwände richteten sich dabei vor allem gegen die Me-

thode der funktionalen Analyse, die sich generell weniger für die kausalen Ursachen interessiert, „als für die problemlösenden Qualitäten struktureller Tatbestände“ (Mayntz 1997a: 43). Statt nach konkreten Begründungszusammenhängen zu fragen, interessiert sie sich für die „generellen Voraussetzungen bestimmter sozialer Entwicklungen“ (Mayntz 1997a: 43). Funktionale Analysen ziehen empirisches Material zumeist nur heran, um die Evolution verschiedener Differenzierungsformen zu veranschaulichen. Der faktische Wandel von Gesellschaften lässt sich auf dieser Grundlage aber nicht erklären. Mit Blick auf die Demokratisierungsforschung verweist etwa v. Beyme (1996: 141–142) deshalb folgerichtig auf den „geheimen eschatologischen Zug“ an der Systemtheorie und kritisiert, dass der Übergang zur Demokratie „in Begriffen von Metaphern der Chaos- und Fluktuationstheorie“ beschrieben werde, „ohne klar angebbare Zäsuren und mit einer Prognose, die eher an prämoderne Visionen als an exakte Prognosen der klassischen Moderne erinnert“. Durch verhinderte funktionale Differenzierung oder den Verlust von Legitimität allein brechen autoritäre Systeme demnach genauso wenig zusammen, „wie eine gelungene sozioökonomische Differenzierung die Existenz stabiler Demokratien garantiert“ (Merkel 1996: 311). Funktionale Erklärungen sind somit hauptsächlich von heuristischem Wert, eine empirische Analyse konkreter Ursachen und Entwicklungen können sie nicht ersetzen.

In der Folge hat sich die Aufmerksamkeit innerhalb der Differenzierungstheorie zunehmend von der Funktion auf die *Konstitution* sozialer Teilsysteme verschoben. Im Mittelpunkt steht dabei die kausalgenetische Erklärung sozialer Differenzierungsprozesse auf der Grundlage von realen Wechselwirkungen zwischen Akteuren (Joas 1992: 325; Mayntz 1997a). Die Systeme werden dabei nicht analytisch gewonnen, sondern empirisch als „reproduzierte Beziehungen zwischen Akteuren oder Kollektiven, organisiert als regelmäßige soziale Praktiken“ (Giddens 1995: 77). Mittlerweile haben sich dabei unterschiedliche Schulen herausgebildet, die sich teilweise deutlich voneinander abgrenzen.¹ Trotz aller Unterschiede teilen sie jedoch die Ansicht, dass der Differenzierungsthematik in der Makrosoziologie ein Primat zukommt. Dabei weicht die morphologische Beschreibung der modernen Gesellschaft auf den ersten Blick nur wenig von der Systemtheorie ab: Sie stellt sich als ein Ensemble ausdifferenzierter Teilsysteme (Wertsphären, Felder) wie Wirtschaft, Politik, Religion oder Bildung dar, die durch eine besondere Handlungslogik (Wert, Code, Nomos) charakterisiert sind und jeweils einen spezifischen Beitrag zur Reproduktion der Gesellschaft leisten (Schimank 1996; Schwinn 2001). Ihre Ausdifferenzierung ist begleitet von einer zunehmenden Pluralisierung gesellschaftlicher Sinnhorizonte, der Entfesselung von Marktdynamiken und der Ausbreitung formaler Organisationen (Kern 2005: 27–44).

Neben dem Verzicht auf funktionale Erklärungen unterscheiden sich konstitutions-

¹ Bislang lassen sich insgesamt vier Varianten unterscheiden: 1) der amerikanische „Neofunktionalismus“, der in kritischer Auseinandersetzung mit Parsons und Durkheim entstand (Alexander und Colomy 1990), 2) der „akteurzentrierte Institutionalismus“, der sich in der deutschen Diskussion über die Systemtheorie Luhmanns entwickelte (Mayntz 1997a; Schimank 1996), 3) die Weiterentwicklung der Differenzierungstheorie Max Webers (Schwinn 2001; Schluchter 1979) und 4) die Arbeiten Bourdieus, der seit geraumer Zeit nicht mehr nur als Ungleichheitstheoretiker, sondern zunehmend auch als Differenzierungstheoretiker wahrgenommen wird (Bourdieu 1997; Vester 2004).

theoretische Ansätze von der funktionalistischen Systemtheorie vor allem durch ihre hohe Anschlussfähigkeit gegenüber Fragen der Macht, der Herrschaft und der sozialen Ungleichheit (Schwinn 2004a). Der oberste Bezugspunkt differenzierter Ordnungen liegt zwar in den Codes, diese müssen aber durch die Institutionalisierung von Regeln „konkretisiert, verhaltenswirksam normiert und sanktioniert“ (Schwinn 2004b: 17) werden. Beispielsweise von *politischer* Macht kann erst die Rede sein, wenn sie sich von anderen Formen der diffusen sozialen Macht abhebt. Der Schlüssel dazu liegt in der zunehmenden Monopolisierung legitimer physischer Gewalt, der Errichtung spezieller Organe für kollektiv verbindliche Entscheidungen und einem mit deren Durchsetzung betrauten Herrschaftsapparat. Dabei kommt unweigerlich soziale Ungleichheit ins Spiel: Machtpositionen werden verteilt, Kompetenz- und Eingriffsrechte festgelegt und Ressourcen zugewiesen (Schwinn 2004b). Jedes Teilsystem konstituiert folglich eine Arena, in der um Privilegien und Einfluss gestritten wird: „Funktionale Differenzierung in diesem Sinne verspricht bestimmte Vorteile, bringt aber auch bestimmte Kosten mit sich. Insofern verbinden sich mit dem Differenzierungsthema soziale Konflikte“ (Neidhardt und Rucht 1993: 311). Obgleich die institutionelle Logik der Teilsysteme dabei nicht in Interessenkämpfen aufgeht – als „genereller Orientierungshorizont“ (Schimank 1996: 243–244) kanalisieren die Codes auch das „Wollen“ der Akteure – spielen Interessenverfolgung und Konflikte im Differenzierungsprozess somit eine zentrale Rolle. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die empirische Analyse von Differenzierungsprozessen auf die beteiligten Interessen, sozialen Träger, Hindernisse und zeitlichen Verlaufsmuster der Differenzierung (Joas 1992: 329–333; Schimank 1996).

Interessen: Für die konstitutionsanalytische Herangehensweise sind Effizienzgewinne als Erklärung von Differenzierungsprozessen somit nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Im Unterschied zur funktionalistischen Denkweise müssen diese jedoch stets auf die Interessen und Durchsetzungspotenziale der beteiligten Akteure bezogen werden (Rüschmeyer 1977), selbst wenn sich soziale Differenzierung als ungeplante Nebenfolge – etwa durch „Intentionsinterferenzen“ (Schimank 2000: 173–176) – einstellt. Die Ursachendiagnose der Konstitutionsanalyse setzt somit stets an den Motiven der Akteure an. Die in der empirischen Wirklichkeit unüberschaubar vielfältigen Interessen lassen sich dabei zumeist dahingehend eingrenzen, dass die Akteure ganz allgemein darauf aus sind, die Bedingungen zu bewahren oder zu verbessern, unter denen sie bestimmte substantielle Interessen realisieren können.

„Diese generellen Bedingungen können im Hinblick auf Differenzierungsvorgänge vor allem in zwei Richtungen ausgemacht werden. Akteure streben zum einen oftmals nach Dominanz in einer gegebenen Interessensphäre. Solche Akteure haben ein Interesse am Wachstum dafür benötigter Ressourcen und an einer größtmöglichen Monopolisierung von Befugnissen in der entsprechenden Sphäre. Zum anderen streben Akteure oftmals danach, die Kontrolle über die eigene Interessenrealisierung zu erweitern. Solche Akteure haben vor allem ein Interesse daran, die eigene Entscheidungsautonomie zu vergrößern und andere Akteure, die der eigenen Interessenverfolgung im Wege stehen könnten, zu beherrschen“ (Schimank 1996: 253).

Die hinter sozialen Differenzierungsprozessen stehenden Interessen lassen sich folglich mit Begriffen wie Wachstum, Monopolisierung, Autonomie und Kontrolle auf einen Nenner bringen. Schimank spricht hier von „reflexiven Interessen“, die sich auf

die Bedingungen für die Realisierung spezifischer substanzieller Interessen beziehen. Neben zweckbezogenen reflexiven Interessen kann auch das „Zu-Ende-Denken“ bestimmter Wertorientierungen und Ideen zu Spezialisierung und Differenzierung führen. Klassische Beispiele sind das Profitstreben in der Ökonomie, das Machtstreben in der Politik oder das Erkenntnisstreben in der Wissenschaft. Weber sieht darin eine wesentliche Ausdrucksform des okzidentalen Rationalismus (Weber 1986; Schwinn 2001).

Soziale Träger: Davon ausgehend stellt sich im zweiten Schritt die Frage nach den sozialen Trägern von Differenzierungsprozessen. Eisenstadt (1967: 86–87) verweist in diesem Zusammenhang auf charismatische und innovative Eliten, die innerhalb einer gegebenen Arena an bestimmten Differenzierungsvorgängen interessiert sind. In ihrem Auftreten sieht er „die beste Analogie zum Begriff der Mutation in der Evolutionstheorie“ (Eisenstadt 1967: 86). Soweit es für einzelne Probleme stets unterschiedliche Lösungsvorschläge und Orientierungsmöglichkeiten gibt, sind Differenzierungsprozesse in hohem Maße konfliktbeladen. Konkurrenz unter den Eliten spielt dabei eine maßgebliche Rolle. Ob sich einzelne Ideen durchsetzen, ist wesentlich davon abhängig, inwieweit die von innovativen Eliten propagierten Vorstellungen und Konzepte auch von anderen gesellschaftlichen Gruppen akzeptiert werden. Welche Gruppen im Differenzierungsprozess die Oberhand behalten, ist durch die gegebene soziale Struktur somit keinesfalls vollständig vorbestimmt. Ihr Verlauf ist neben der Ressourcenverteilung auch durch Werte, Situationseinschätzungen, Strategien und zufällige Ereignisse bestimmt. Differenzierungsprozesse erweisen sich somit als hochgradig kontingent.

Hindernisse: Damit kommen die Differenzierungshindernisse ins Spiel. Diese können sich zum einen aus dem Widerstand bestimmter Gruppen ergeben. Beispielsweise Colomy (1990: 478–479) verweist auf so genannte „institutional conservatives“, die an der Aufrechterhaltung einer gegebenen Ordnung interessiert sind. Es sind aber auch Situationen denkbar, in denen eine klare Mehrheit für die Veränderung eines bestimmten strukturellen Settings votiert, jedoch keine der beteiligten Gruppen über die für die Durchsetzung ihrer spezifischen Ideen erforderlichen Mittel verfügt. In einer solchen Konstellation ist nicht vorhersehbar, ob und welche Lösung sich auf Dauer durchsetzt (Schimank 2000: 277–284). Eine dritte Möglichkeit besteht darin, dass bestimmte Gruppen eine gegebene Differenzierungsstruktur nicht nur verteidigen, sondern Veränderungen rückgängig machen wollen. Entsprechende Formen der Entdifferenzierung werden oft an den Beispielen der islamischen Revolution im Iran oder der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland diskutiert. Das Zustandekommen von sozialer Differenzierung ist aber nicht nur durch gegenläufige Interessen und Ziele bedroht: Beispielsweise können Differenzierungsprozesse in einem Land oder einem Sektor der Gesellschaft die Bedingungen für Differenzierungsprozesse in anderen Ländern oder anderen Sektoren verschlechtern (Joas 1992: 333).

Zeitliche Verlaufsmuster und Struktur dynamiken: Im Unterschied zu funktionalistischen Theorien ist der Faktor Zeit unter dem Gesichtspunkt der Konstitution von Differenzierungsprozessen von zentraler Bedeutung. Dies gilt insbesondere im Fall von Demokratisierungsprozessen. Systemtheoretiker betrachten die Durchsetzung der Demokratie aufgrund ihrer überlegenen Effizienz oft nur als eine Frage der Zeit. Historische Ereig-

nisse, Sonderentwicklungen oder Sackgassen der Geschichte haben kaum einen Einfluss auf das Endergebnis. Aus dieser Perspektive gleicht die soziale Entwicklung einer absorbierenden Markov-Kette² (Pierson 2004: 93–95): Dabei wird jeder einzelne Schritt im Transformationsprozess mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zurückgelegt. Sobald eine Hürde übersprungen ist, sind Rückschritte praktisch ausgeschlossen. Da die Übergangswahrscheinlichkeiten im Einzelfall niedrig sein können, lässt sich oft nicht vorhersagen, wo das System sich zu einem bestimmten Zeitpunkt befindet. Auf Dauer gibt es aber nur einen Endzustand (Attraktor), auf den die Entwicklung unaufhaltsam zustrebt. Der Faktor Zeit ist somit bedeutungslos. Unter konstitutionstheoretischen Gesichtspunkten ist der Verlauf von Ereignissen für das Ergebnis eines Prozesses hingegen zentral: „*When things happen within a sequence affects how they happen*“ (Tilly 1984: 14). Dabei lassen sich verschiedene Verlaufsformen unterscheiden. Das Spektrum reicht über einfache Kausalketten, kumulative Ursachen, kumulative Effekte und *threshold*-Effekte bis zu kausalen Rückkopplungsschleifen (Pfadabhängigkeit) (Pierson 2004: 79–102; Baur 2005). Soweit Anspruch auf die kausale Erklärung von Differenzierungsprozessen erhoben wird, richtet sich ein wesentlicher Teil der Aufmerksamkeit auf die historische Rekonstruktion von Verlaufsmustern.

IV. Modernisierung und Demokratisierung in Südkorea³

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen funktionaler Differenzierung und Demokratisierung am empirischen Fallbeispiel Südkoreas. Mit Hilfe eines konstitutionstheoretischen Ansatzes wird untersucht, in welcher Weise die Ausdifferenzierung funktional spezialisierter Teilsysteme den Ausgangspunkt für den demokratischen Regimewechsel im Jahr 1987 bildete. In Abschnitt IV.1 wird am Beispiel Südkoreas die Ambivalenz sozialer Differenzierungsprozesse diskutiert. Es wird gezeigt, dass die Ausdifferenzierung funktional spezialisierter Teilsysteme nicht zwangsläufig zu Demokratisierung führen muss. Sie birgt auch ein Potenzial zur Festigung autoritärer Herrschaftsformen. Davon ausgehend baut das Analyseschema der Untersuchung im Anschluss an Esser (1991; 1993) auf drei Komponenten auf: einer umfassenden Beschreibung des strukturellen Kontexts (vgl. Abschnitt IV.2), einer Analyse aller relevanten Akteure und Interessen (vgl. Abschnitt IV.3) und der Ermittlung von

2 In Markov-Prozessen ist der Zustand zum Zeitpunkt $t+1$ nur vom Zustand zum Zeitpunkt t abhängig und nicht von früheren Zuständen. Für einen absorbierenden Markov-Prozess ist die Wahrscheinlichkeit der Terminierung gleich 1 (Dinkel 1989: 112–117).

3 Die folgenden Darstellungen sind das Ergebnis eines dreijährigen Forschungsaufenthalts von April 2000 bis März 2003 an der Yonsei-Universität in Seoul. Das Ziel dieses Aufenthaltes bestand darin, die für die kausale Rekonstruktion des Demokratisierungsprozesses erforderlichen Daten vor Ort zu erheben. Der Schwerpunkt lag auf der Erfassung von Zeitungsmeldungen über die Demokratiebewegung – vor allem Proteste – zwischen 1979 und 1987 (vgl. Fußnote 8). Als weitere Informationsquellen wurden zeitgeschichtliche Dokumente wie Fotos, Artikel und Organisationsberichte, amtliche Daten, wissenschaftliche Studien und Experteninterviews genutzt. Dadurch sollten zum einen die Strukturdynamiken des Demokratisierungsprozesses rekonstruiert, zum anderen sollten Erkenntnisse über Prozesse der Koalitionsbildung innerhalb der Demokratiebewegung gewonnen werden (Kern 2005: 94–106).

„Strukturdynamiken“⁴ (Schimank 2000) zwischen den Akteuren innerhalb des strukturellen Kontexts (vgl. Abschnitt IV.4).

1. Ambivalenz sozialer Differenzierung

Bis heute gilt Südkorea als Paradebeispiel für das in der Einleitung beschriebene ökonomische „Paradigma“, demzufolge Wirtschaftswachstum zu Demokratisierung führt. In den vergangenen 100 Jahren hat sich das Land in einem atemberaubenden Tempo an das ökonomische Entwicklungsniveau der westlichen Gesellschaften angenähert. Die systematische Umstellung auf moderne Produktionsweisen begann mit der japanischen Kolonialherrschaft (1910–1945). In dieser Periode verzeichnete Korea ein signifikantes Wirtschaftswachstum mit einer Rate von jährlich etwa 3,6 Prozent (Cumings 1997: 148). Die Japaner betrieben systematisch den Aufbau einer modernen Infrastruktur: Eine Zentralbank wurde eingerichtet sowie Eisenbahnen, Häfen und Fabriken gebaut. Die Erträge dieser Maßnahmen kamen dabei hauptsächlich den japanischen Kolonialherren zugute. Die breite koreanische Bevölkerung hatte an dem wachsenden Wohlstand keinen Anteil. Sie war durch ein ausgefeiltes Diskriminierungssystem von der Verteilung des Modernisierungsgewinns weitgehend ausgeschlossen. Nach dem Abzug der Japaner 1945 entwickelte sich die Wirtschaft in Südkorea anfänglich nur schleppend. Erst nach der Machtergreifung durch das Militär 1961 stellte Präsident Park Chung-hee die Weichen für das beginnende Wirtschaftswunder. Er zentralisierte die ökonomische Planung, stellte die Wirtschaft von Importsubstitution auf Exportorientierung um und führte so genannte Fünf-Jahres-Pläne ein, in denen die wichtigsten Maßnahmen und Ziele der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung festgelegt waren. Primäres Instrument dieser Wirtschaftspolitik war das *Economic Planning Board (EPB)*. Durch die staatliche Steuerungspolitik wurde ein enormes Wachstum in Gang gesetzt. Bis 1977 erreichte Südkorea die so genannte ökonomische „Transitionszone“ (Huntington 1991: 59–69), derzufolge der demokratische Regimewechsel in Reichweite kommt, wenn das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1.000 und 6.000 US-Dollar liegt. Bei einem Pro-Kopf-Einkommen von etwa 3.000 US-Dollar erfolgte 1987 schließlich der Regimewechsel.

Diese Beschreibung mag genügen, um die Plausibilität des ökonomischen Paradigmas zu veranschaulichen. Die Schattenseiten des Wachstums werden dabei jedoch ausgeblendet. Wie insbesondere Foucault in seinen Studien zeigte, hat „das Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft die Eigenart der Disziplinargewalt hervorgerufen, deren allgemeine Formeln, deren Prozeduren zur Unterwerfung der Kräfte und der Körper, deren politische Anatomie in sehr unterschiedlichen politischen Regimen, Apparaten oder Institutionen eingesetzt werden können“ (Foucault 1977: 284). Die Steigerung der „Nützlichkeit“ ist dabei untrennbar mit der Steigerung der „Fügsamkeit“ verbunden. Fortwährende Überwachung, Überprüfung und Bestrafung entwickeln sich zu einem

⁴ Esser spricht an dieser Stelle von *Aggregationseffekten* und spielt damit auf die Wirkungen an, die sich aus der Interaktion zwischen individuellen Akteuren ergeben. Insofern es in der folgenden Studie aber nicht nur um individuelle, sondern auch um kollektive Akteure geht, orientiert sich die folgende Studie am Begriff der *Strukturdynamik* (Schimank 2000; Mayntz 2004).

integralen Bestandteil des Alltagslebens.⁵ Dies war auch in Südkorea der Fall. In der Industrie mussten die Arbeiterinnen und Arbeiter unter der strengen Aufsicht ihrer Vorgesetzten oft 10 bis 14 Stunden täglich monotone Tätigkeiten ohne ausreichende Pausen im Akkord verrichten. Wenn sie einen Fehler machten oder ungehorsam waren, wurden sie nicht selten vor der gesamten Belegschaft zurechtgewiesen, geschlagen oder mussten mit Entlassung rechnen (CISJD 1981: 279). Häufig waren die Beschäftigten in fabriкеigenen Wohnheimen einkaserniert, wo das Unternehmen je nach Auftragslage auf sie zugreifen konnte (CISJD 1981: 292). Die Lebensbedingungen in diesen Massenunterkünften waren zumeist miserabel, die Bewohner oft strengen Disziplinierungsmaßnahmen ausgesetzt. Immer wieder kam es zu Konflikten, weil die Unternehmen vor der Privatsphäre der Beschäftigten keinen Halt machten (Kern 2005: 213). Wie diese Beispiele zeigen, hatte das Wirtschaftswachstum somit Begleiterscheinungen, die für die Entstehung einer demokratischen Kultur alles andere als vorteilhaft waren. Ökonomische Entwicklung allein kommt als Erklärung für einen demokratischen Regimewechsel somit nicht in Frage.

Die Expansion des Wirtschaftssystems beschreibt aus differenzierungstheoretischer Perspektive ohnehin nur *eine* relevante Dimension der Modernisierung. In anderen Bereichen wie Politik, Bildung und Religion etc. fanden in Korea ähnliche Rationalisierungs-, Spezialisierungs- und Steigerungsprozesse statt, die sich ebenfalls nicht immer eindeutig positiv auf die Demokratisierung auswirkten. Ein anschauliches Beispiel ist der staatliche Sicherheitsapparat, der die Unterdrückung der Demokratiebewegung organisierte (Kern 2005: 126–129): 1948 lag die Zahl der Polizisten bei 48.273, was einer Überwachungsichte von etwa einem Polizisten auf 418 Einwohner entspricht. Bis 1987 – dem Ende der Diktatur von Präsident Chun Doo-hwan – erhöhte sich diese Zahl (einschließlich der Verbände der Kampfpolizei) auf 120.269, womit ein Polizist auf nur noch 348 Einwohner kam. Dabei ist anzunehmen, dass die Polizei in den 1980er Jahren merklich besser ausgebildet und ausgerüstet war als Ende der 1940er Jahre. Der in den 1960er Jahren aufgebaute Geheimdienstapparat umfasste etwa 370.000 Mitarbeiter. Damit erhöhte sich die Überwachungsichte bis 1987 auf schätzungsweise 1 zu 86. Der Staat war somit moderner und effektiver als je zuvor, für die Demokratisierung war dieses Wachstum jedoch kaum förderlich.

Ein drittes Beispiel für ambivalentes Wachstum ist das Bildungssystem. Von Beginn an verfolgte das japanische Kolonialregime die Ausdehnung, Zentralisierung und Verstaatlichung der Bildung. Das japanische Schulsystem wurde in Korea verpflichtend eingeführt. Die Zahl der Schüler erhöhte sich von 110.800 (1910) auf 1.776.078 (1943) um das 16fache. Die der Schulen stieg von 2.382 (1910) auf 3.771 (1941) (Nahm 1997: 81; Kim 1973: 69). In der Nachkriegszeit beschleunigte sich das Wachstum des Bildungssystems dramatisch. Bis 1956 war die öffentliche Versorgung mit

5 Foucault (1977: 269–279b) zufolge zeichnet sich eine Disziplinargesellschaft durch drei charakteristische Tendenzen aus: 1) *Funktionsumkehr bei den Disziplinen*: Sie dienen nicht nur der Abwehr unmittelbarer Gefahren, sondern der Kontrolle von Menschenmassen und der Leistungssteigerung in der Produktion. 2) *Ausweitung von Disziplinarmechanismen*: Sie lösen sich von ihren Institutionen und durchdringen zunehmend alle Lebensbereiche. 3) *Verstaatlichung der Disziplinarmechanismen*: Bürokratie und Polizei spielen bei der Disziplinierung der Bevölkerung eine immer wichtigere Rolle.

Modernisierung und Demokratisierung

Grundschulen so weit gefestigt, dass die Einschulungsquote die Marke von 100 Prozent fast erreichte. Bis 1980 stieg die Übergangsrate von der Grund- zur Mittelschule auf 96 Prozent. Die Übergangsrate von der Mittel- zur Oberschule erreichte 85 Prozent. Danach folgte der Ausbau des höheren Bildungswesens: Zwischen 1980 und 1990 stieg die Zahl der Studenten von etwa 600.000 auf 1.500.000 (Ministry of Education 2004: 21).

Obgleich im ökonomischen Paradigma immer wieder auf die zivilisierende und demokratieförderliche Wirkung der Bildung hingewiesen wird, spielte die Disziplinierung der Bevölkerung gerade auch beim Ausbau des Erziehungswesens eine zentrale Rolle. Während des japanischen Kolonialregimes war der Unterricht ein wesentliches Instrument zur Japanisierung koreanischer Schüler: Der Unterricht fand in japanischer Sprache statt. Die Vermittlung der koreanischen Geschichte wurde verboten und die Gründung von Privatschulen stark eingeschränkt. Vom Zugang zu höherer Bildung waren koreanische Schüler systematisch ausgeschlossen. Sie sollten lediglich auf berufliche Tätigkeiten mit geringer Qualifikation vorbereitet werden. In den Erziehungseinrichtungen wurde generell ein militärischer Umgangsstil gepflogen, was etwa darin zum Ausdruck kam, dass die Lehrer während des Unterrichts Uniform und Säbel zu tragen pflegten (Kim 1973: 138, 142). Auch nach 1945 benutzte der autoritäre Staat Schulen und Universitäten als Instrument für die Indoktrination der autoritären und antikomunistischen Staatsideologie (Cumings 1997: 216): Das Strammstehen, Marschieren und Denunzieren des politischen Gegners gehörten ebenso zum Bildungsprogramm wie die Vermittlung theoretischen und praktischen Wissens.

Ein viertes Beispiel für ambivalentes Wachstum bietet das Religionssystem, vor allem der Sektor der christlichen Kirchen. Seit Kriegsende haben sich die Kirchen in dem vormals von Schamanismus, Buddhismus, Konfuzianismus und Taoismus geprägten Land von einer unbedeutenden religiösen Minderheit mit einem Bevölkerungsanteil von knapp über 3 Prozent zur mitgliederstärksten Religionsgemeinschaft mit etwa 30 Prozent entwickelt. Der katholische Bevölkerungsanteil lag 2005 bei 8 Prozent und der protestantische bei 22 Prozent. Damit verbunden war eine beispiellose Durchorganisation des religiösen Lebens (Kern 2001). Vertreter des ökonomischen Paradigmas verweisen oft auf die demokratie- und wirtschaftsförderlichen „Werte“ des Christentums (Huntington 1996). Zumindest im südkoreanischen Fall ist diese Interpretation jedoch problematisch. Weiter unten wird gezeigt, dass die überwältigende Mehrheit der christlichen Gläubigen ein positives Verhältnis zum autoritären Staat pflegte. Obgleich von den Kirchen dennoch wichtige Impulse ausgingen, war es nur eine Minderheit von Klerikern, Kirchenfunktionären und Theologen, die sich auf der Seite der Demokratiebewegung engagierten. Gesellschaftlicher Wertewandel im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Christentums kommt als Erklärung für die Demokratisierung somit nur bedingt in Frage.

Wie dieser kurze Überblick zeigt, beschränkten sich Modernisierungs-, Differenzierungs- und Wachstumsprozesse in Südkorea keinesfalls nur auf die Ökonomie und hatten auch negative Auswirkungen auf die Demokratisierung. Infolgedessen ist institutionelles Wachstum als Indikator für die Ausdifferenzierung spezialisierter Teilsysteme noch kein ausreichender Grund für Optimismus im Hinblick auf eine mögliche Demokratisierung. Vielmehr kommt es darauf an, wie die gesellschaftlichen Folgeproble-

me der Differenzierung gelöst werden und welche Konsequenzen sich daraus für die sozialen Kräfteverhältnisse ergeben.

2. Strukturelle Spannungen in den Teilsystemen

Ein wesentliches Charakteristikum funktional spezialisierter Teilsysteme besteht darin, dass sich in ihrer Struktur zwei Mechanismen der Produktion sozialer Ungleichheiten überlagern (Giegel 2004): 1) Die so genannte „basale Ungleichheit“ beruht auf der institutionellen Ordnung der Teilsysteme. Im Zentrum steht die Koordination von sozialen Beziehungen. Bei Marktverhältnissen führt der Wettbewerb durch Kumulationseffekte über kurz oder lang zu Ungleichheit. In formalen Organisationen konzentrieren sich die Ressourcen hingegen an der Spitze der Weisungsstruktur. Beide Formen der Ungleichheit leiten sich folglich unmittelbar aus den Kernoperationen des Teilsystems ab. 2) Die so genannte „strategische Ungleichheit“ beruht hingegen auf dem „Rent-Seeking“ (Sorensen 2000) der Akteure, das heißt auf sozialen Schließungsoperationen – etwa durch Seilschaften, Kartelle oder staatliche Regulierungen – mit denen Außenstehende *dauerhaft* vom Zugang zu bestimmten Positionen ausgeschlossen werden.⁶ Die daraus resultierenden Verteilungsunterschiede lassen sich daher nicht unmittelbar auf die institutionelle Ordnung eines Teilsystems zurückführen.

Beide Mechanismen der Produktion sozialer Ungleichheiten können zu Konflikten führen. Die basale Ungleichheit hat es dabei jedoch einfacher, da sie sich auf das Leistungsprinzip als zumeist anerkannter kultureller Legitimation berufen kann. Die Akzeptanz für strategische Ungleichheiten – und die damit verbundene dauerhafte Exklusion sozialer Gruppen aus bestimmten Positionen – ist in modernen Gesellschaften hingegen gering. Soweit beide Ungleichheitsmechanismen sich nicht vollständig voneinander trennen lassen, sind sie ein permanenter Gegenstand sozialer Definitionsprozesse. Im folgenden Abschnitt stehen Ungleichheitsverhältnisse in den Teilsystemen Politik, Wirtschaft, Bildung und Religion in Südkorea im Mittelpunkt. Wie dabei deutlich wird, kreisten die Konflikte in den meisten Fällen um die Beseitigung von Formen *dauerhafter strategischer Ungleichheit*: In den politischen Institutionen ging es um die Einschränkung des Machtzugangs für die Opposition, in der Industrie um die Teilhabe der Arbeiterschaft am Wohlstand, an den Universitäten um die Partizipation der Studenten in der Bildungspolitik und im kirchlichen Sektor um theologische Gängelungsversuche durch den Staat.

a) *Politische Institutionen*. Nach ihrer Gründung im Jahr 1948 wurde die Republik Südkorea zwölf Jahre lang von Präsident Rhee Syngman im autokratischen Stil regiert. Erst die Studentenrevolution von 1960 setzte seiner Herrschaft ein Ende. 1961 putschte sich unter Führung von General Park Chung-hee das Militär an die Macht. Ange-

⁶ „In sum, for inequality to produce interest conflict, it is necessary that the inequality is caused by the distribution of rents. Further, the articulation of these interest in action depends on the two factors: the *permanency* [Herv. durch T.K.] of membership in the structural positions providing advantages and disadvantages caused by the distribution of rents and, second, the stability of the rent. The shorter the duration of a quasi rent, the less stable is the basis for structural interests“ (Sorensen 1996: 1360).

sichts der anfänglich großen Popularität seiner Wirtschaftspolitik hatte er nach seiner Wahl zum Präsidenten (1963) kaum Probleme mit der Legitimation seiner Regierung bis Anfang der 1970er Jahre. Nach einer Reihe von innen- und außenpolitischen Rückschlägen führte Park 1972 jedoch die so genannte *Yushin*-Verfassung ein, in der das Parlament praktisch all seiner wesentlichen Rechte beraubt wurde. Park erklärte sich zum Präsidenten auf Lebenszeit und regierte das Land mit Hilfe von Notstandsverordnungen. Während der Oppositionspartei im politischen Wettbewerb bis zu diesem Zeitpunkt ansatzweise faire Chancen eingeräumt worden waren, verfügte sie jetzt kaum noch über Einflussmöglichkeiten. Daran änderte auch die Ermordung von Park im Jahr 1979 nichts. Nach einer kurzen Liberalisierungsperiode griff das Militär erneut nach der Macht und General Chun Doo-hwan setzte sich an die Spitze des Staates. Zwar gab es offiziell weiterhin eine parlamentarische Opposition – durch die Einschränkung des politischen Wettbewerbs, finanzielle Benachteiligung, Repression von Oppositionspolitikern und politische Betätigungsverbote war ihr Handlungsspielraum jedoch beträchtlich eingeschränkt.

Bereits unter der *Yushin*-Verfassung fand kaum noch ein politischer Wettbewerb statt. Das Parlament hatte keine Kontrolle über die Regierung und ein neues Wahlrecht sicherte dem Präsidenten im Abgeordnetenhaus eine komfortable Mehrheit. Die oppositionelle *New Democratic Party* (NDP) hatte nicht einmal das Recht, Parlaments-sitzungen einzuberufen. Nach dem Putsch im Frühjahr 1980 wurden alle politischen Parteien zunächst aufgelöst, was für die NDP automatisch den Verlust ihres gesamten Parteivermögens bedeutete. Unter der Regie des neuen Diktators Chun Doo-hwan wurde eine neue Verfassung ausgearbeitet, nach der eine 5.000 Mitglieder umfassende Nationalversammlung den Präsidenten wählte. Das Wahlrecht wurde so geändert, dass 184 Sitze nach dem Verhältnisprinzip auf die Parteien aufgeteilt wurden. Darüber hinaus enthielt es eine Klausel, nach der die relativ stärkste Partei von weiteren 92 Sitzen zwei Drittel erhält. Das verbleibende Drittel wurde nach dem Verhältnisprinzip auf die anderen Parteien im Parlament aufgeteilt.

Schwerer als die institutionellen Schikanen durch das Wahlrecht wirkten sich staatliche Repressalien gegenüber politischen Dissidenten aus. Bereits während der *Yushin*-Verfassung war die Einschüchterung und Verhaftung von Oppositionsmitgliedern an der Tagesordnung. Die Galionsfigur der Opposition, Kim Dae-jung, wurde 1971 von einem Lastwagen angefahren und schwer verletzt, 1973 wurde er vermutlich vom südkoreanischen Geheimdienst entführt und beinahe ermordet, bis 1979 stand er unter Hausarrest, 1980 wurde er zum Tode verurteilt und kam nur dank ausländischer Einflussnahme mit dem Leben davon. 1982 bis 1985 lebte er im amerikanischen Exil. Zwischen 1985 und 1987 war er von politischen Betätigungsverböten und Hausarrest betroffen (Kim 2000). Andere politische Führungspersonlichkeiten hatten unter ähnlichen Repressalien zu leiden. Beispielsweise verhängte Präsident Chun bei seiner Machtergreifung 1980 ein Betätigungsverbot für 570 führende Politiker, das erst ab 1984 schrittweise aufgehoben wurde. Die politische Oppositionsarbeit wurde dadurch beträchtlich erschwert.

b) Industrie. Unmittelbar nach seiner ersten Machtergreifung (1961) unterzog das Militärregime den Gewerkschaftssektor einer grundlegenden Neuordnung. Während die

Gewerkschaften unter Präsident Rhee strikt auf einzelne Betriebe beschränkt waren, führte Park das Prinzip der Branchengewerkschaften ein, die in einem einzigen, hierarchischen Dachverband – der *Federation of Korean Trade Unions* (FKTU) – organisiert waren. Die Gründung der FKTU erfolgte dabei maßgeblich unter der Regie des neuen Geheimdienstes KCIA (Song 2001: 7). Die Militärs hegten die Erwartung, dass sich die Gewerkschaften auf diese Weise leichter kontrollieren lassen. Diese Rechnung ging aber nur teilweise auf. Angesichts miserabler Arbeitsbedingungen, niedriger Löhne und einer parteiischen Arbeitsverwaltung zugunsten der Unternehmer kam es ab 1967 in der Industrie häufig zu erbitterten Arbeitskämpfen. Die FKTU entzog sich dabei immer wieder der staatlichen Aufsicht (Song 2001: 12–14).

Nachdem die Regierung das Scheitern ihrer „Umarmungspolitik“ befürchten musste, reagierte sie auf die wachsende Streikbereitschaft der Industriebeschäftigten mit Repression. 1970 wurde die Führung der FKTU ausgetauscht, und wenig später – mit Aktivierung der *Special Laws for National Security* (1971) – öffentliche Versammlungen, kollektive Verhandlungen und Streiks streng untersagt. Jede Störung der betrieblichen „Harmonie“ war potenziell ein strafbares Vergehen. Die FKTU kooperierte von nun an eng und ohne Widerspruch mit dem Regime. Auf dieser Basis gehörten Streiks unter dem *Yushin*-System, von illegalen Ausnahmen abgesehen, der Vergangenheit an. Als Chun Doo-hwan 1980 das Präsidentenamt übernahm, hob er die *Special Laws for National Security* zwar auf, nahm aber Veränderungen im Arbeitsgesetz vor, die Streiks fast unmöglich machten. Außerdem durften sich keine dritten Parteien wie beispielsweise die christliche *Urban Industrial Mission* (UIM) in laufende Lohnverhandlungen einmischen, nicht einmal der gewerkschaftliche Dachverband FKTU. Die oft unerfahrenen und mangelhaft informierten Gewerkschafter waren gegenüber dem Management deutlich im Nachteil.

In den Industriegebieten unterhielt jeder Polizeidistrikt ein Büro speziell für Arbeitsfragen, das eng mit dem Management der Betriebe zusammenarbeitete. Wenn von den Betrieben Schwierigkeiten mit einzelnen Beschäftigten gemeldet wurden, begann die Polizei sofort mit Ermittlungen im persönlichen Umfeld der betreffenden Personen. In den so genannten *Free Export Zones* speziell für ausländische Unternehmen fanden tägliche Konsultationen zwischen der Polizei und den Betriebsleitungen statt, um Beschäftigte mit gewerkschaftlicher Orientierung zu identifizieren (Ogle 1990: 60). Wenn es zu illegalen Demonstrationen oder Streiks kam, griff die Polizei mit brutaler Härte durch. Der Geheimdienst überwachte alle gewerkschaftlichen Vereinigungen und Organisationen. Dazu wurden Telefongespräche abgehört, Fotos und schwarze Listen angefertigt, Gewerkschafter überwacht und unter Druck gesetzt etc. Gesetzliche Grundlage dieser systematischen Einschüchterung waren das *National Security Law* zur Verfolgung von (angeblichen) Kommunisten (Cho 1997). Nicht wenige verschwanden für längere Zeit ohne Haftbefehl im KCIA-Hauptquartier, wo sie gefoltert wurden. Ein weiteres Einschüchterungsmittel war der Einsatz von Schlägertrupps, um Streikaktionen in den Betrieben zu verhindern oder zu brechen. Seit den 1980er Jahren rekrutierten die meisten Firmen ihre Schlägereinheiten direkt aus Teilen der Belegschaft und bildeten sie im militärischen Stil aus.

c) *Universitäten*. Die Universitäten waren ein ständiger Unruheherd, von dem für das Regime eine massive Bedrohung ausging. Bereits während der Kolonialzeit waren die

Schüler eine wichtige Stütze für die nationale Unabhängigkeitsbewegung und im April 1960 setzte eine Studentenrevolution dem erstarrten Regime von Präsident Rhee Syngman (1948–1960) ein Ende. Obgleich das Park-Regime (1961–1979) ein ausgefeiltes Instrumentarium entwickelt hatte, um Studentenproteste zu verhindern – vor allem die dauerhafte Stationierung von Einheiten der Kampfpolizei auf dem Universitätsgelände, der Einsatz von nicht-uniformierten Polizisten und die Einrichtung eines umfangreichen Spitzelsystems – bildeten die Universitäten das Zentrum des prodemokratischen Widerstandes. Daran änderte sich auch während der Ära von Präsident Chun (1980–1988) nichts Grundlegendes. Die meisten Auseinandersetzungen auf dem Campus kreisten dabei um den regelmäßigen Militärdienst für Studenten, das *graduation quota system* (gqs) und die Forderung nach einer unabhängigen Studentenvertretung.

Seit 1976 wurden Studenten im Frühjahr regelmäßig zu einer zehntägigen Übung in die Kasernen eingezogen und mussten sich zudem für 360 Stunden im Jahr auf dem Campus militärischen Drills unterziehen. Während die Übungen aus Sicht der Regierung ein notwendiges Mittel zur Landesverteidigung waren, sahen die Studenten darin eher eine Disziplinierungs- und Einschüchterungsmaßnahme. Darüber hinaus waren die Übungen für sie ein unbeliebtes „mercenary training for the US imperialists“ (*Korea Times*, 29.04.1986). Unbequeme Studenten wurden zudem häufig während des Studiums von den Universitäten zum Militär eingezogen, das für seine geringe Toleranz gegenüber vermeintlich oder tatsächlich linksorientierten Wehrpflichtigen bekannt war. In mehreren Fällen kamen Betroffene während der Militärzeit ums Leben oder begingen Selbstmord.

Neben der militärischen Disziplinierung der Studenten war das von Chun Doo-hwan zu Beginn seiner Amtszeit eingeführte *graduation quota system* die mit Abstand am meisten verhasste Institution an den Universitäten. Nach dem gqs durften die Universitäten 30 Prozent mehr Studienanfänger aufnehmen als am Ende zur Abschlussprüfung zugelassen wurden. Wenn beispielsweise die Examensquote auf 100 festgelegt wurde, durften die Universitäten 130 Studienanfänger aufnehmen. Am Ende wurden aber nur 100 zur Abschlussprüfung zugelassen und die 30 schlechtesten ausgeschlossen. Die ausgeschlossenen Studenten lebten über Monate und Jahre wie „Aussätzige“ (*Korea Times*, 14.02.1984). Viele bekamen keine Arbeit, konnten nicht mehr nach Hause zurückkehren, geschweige denn heiraten, weil sie über Familie und Ahnen Schande gebracht hatten (Schönfeldt 1996). Die Zahl der Betroffenen war beträchtlich. Zwischen 1984 und 1986 mussten etwa 50.000 Studenten wegen mangelnder Leistung die Universität verlassen. Davon waren es allein 1986 etwa 23.000 (*Korea Times*, 10.09.1987). Obwohl die Regierung mit diesem System die Studenten durch höheren Leistungsdruck vom Demonstrieren abhalten wollte (*Korea Times*, 08.01.1983), war das gqs vermutlich die wichtigste Motivationsquelle für Proteste, vor allem für jene Studenten, die nichts mehr zu verlieren hatten.

Eine weitere Forderung der Studentenbewegung bezog sich auf die Einrichtung von freien und unabhängigen Interessenvertretungen für die Studenten und die Einschränkung staatlicher Einflussnahme bei Konflikten innerhalb der größtenteils privaten Universitäten. Das einzige legale Forum, in dem sich die Studenten bis Mitte der 1980er Jahre organisieren konnten, war das *Student National Defense Corps* (SNDC). Präsident Park hatte es 1975 als einzige legale Studentenvertretung eingesetzt. Es war hierar-

chisch aufgebaut und u.a. mit der Durchführung der Militärübungen betraut. Mit diesem staatlich kontrollierten Organ fühlten sich die Studenten in der vornehmlich von den ökonomischen Interessen der privaten Hochschulträger bestimmten Bildungspolitik aber nicht ausreichend berücksichtigt.

d) *Kirchen*. Im Unterschied zu Parteien, Unternehmen und Universitäten hatte der Staat auf die Kirchen keinen unmittelbaren Zugriff.⁷ 1898 war unter dem Druck der Kolonialmächte die allgemeine Religionsfreiheit eingeführt worden (Nahm 2002: 182–183). Obwohl von Beginn der japanischen Kolonialherrschaft an zwischen Staat und Kirche immer wieder Konflikte über die gesellschaftliche „Funktion“ der Religion ausgetragen wurden, hatten die Kirchen im Grundsatz einen vergleichsweise großen Handlungsspielraum. Nach dem Ende der Kolonialherrschaft führten drei folgenschwere Spaltungen in der presbyterianischen Kirche (1952, 1953, 1959) zu einer Polarisierung des protestantischen Feldes zwischen orthodoxen und liberalen Denominationen. Die Liberalen organisierten sich im *National Church Council of Korea* (NCCCK) unter dem Dach des *World Church Council* (WCC). Das NCCCK repräsentierte 1979 mit 48,1 Prozent knapp die Hälfte aller südkoreanischen Protestanten. Den orthodoxen Presbyterianern standen WCC und NCCCK politisch und theologisch dagegen zu weit links. Sie organisierten sich, wenn überhaupt, im *International Council of Churches* (ICCC), das sich als Gegengewicht zur ökumenischen Bewegung des WCC verstand.

Der NCCCK entwickelte sich in den 1960er Jahren zu einer Plattform für Theologen und Pastoren, die dem südkoreanischen Militärregime kritisch gegenüberstanden. In liberal-theologischer Tradition setzten sie sich für die innerweltliche Verwirklichung von Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie ein. Der NCCCK begleitete und unterstützte die Arbeit von regimekritischen Organisationen wie der *Urban Industrial Mission* (UIM) oder der *Korean Christian Academy*. Trotz breiter Unterstützung im NCCCK hatten protestantische Dissidenten bei den Gläubigen relativ wenig Rückhalt, da auch die liberalen Denominationen bis heute mehrheitlich einen orthodoxen Frömmigkeitsstil pflegen. Die gesellschaftskritische Arbeit des NCCCK wurde deshalb in erster Linie von liberalen Kirchenfunktionären, Pastoren und Theologen getragen. Die Masse der Laien spielte kaum eine Rolle. Neben dem NCCCK hielt sich auch die katholische Kirche mit ihrer Kritik am südkoreanischen Regime nicht zurück und etablierte sich als eine führende moralische Instanz in der Gesellschaft. Unter dem Einfluss des II. Vatikanischen Konzils war ihre Sensibilität in Fragen der sozialen Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte größer geworden. Sie eröffnete den ökumenischen Dialog mit dem NCCCK und beteiligte sich an sozialreformerischen Projekten. Ähnlich wie im NCCCK lag die Initiative dabei hauptsächlich beim Klerus. Die überwiegende Mehrheit der Laien zeichnete sich durch einen ausgeprägten Konservatismus aus.

Mit diesen Bemühungen befand sich das sozialreformerische Christentum (Katholiken, liberale Protestanten) im diametralen Widerspruch zu den orthodoxen Protestan-

⁷ Im Unterschied zu den christlichen Kirchen waren traditionelle Religionsgemeinschaften im Buddhismus, Konfuzianismus, Schamanismus etc. zumeist einer strikten Kontrolle durch das Regime unterworfen (Kern 2005). Dies ist vermutlich ein Grund, warum sich vor allem die großen buddhistischen Gemeinschaften erst relativ spät im Demokratisierungsprozess engagierten.

ten. Dank ihrer anti-kommunistischen Gesinnung unterhielten diese ausgezeichnete Beziehungen zum Staat. Beispielsweise segneten sie öffentlich den unbeliebten Diktator Chun Doo-hwan nach seinem Amtsantritt (*Korea Times*, 07.08.1980), wirkten an staatlichen Säuberungskampagnen mit (*Korea Times*, 10.08.1980) und starteten immer wieder scharfe Angriffe gegen liberale protestantische Organisationen oder die katholische Kirche. In ihren Gottesdiensten unterstützten sie die anti-kommunistische Staatsideologie zumeist vorbehaltlos. Ihre Motive waren dabei – ähnlich wie bei den sozialreformerischen Christen – *genuin theologisch*. Regelmäßig wurde (und wird bis heute) in den Predigten gegen Nordkorea, den Kommunismus und die liberale Theologie gewettert. Für sie bewegten sich die Liberalen mit ihren gesellschaftlichen Reformvorstellungen in gefährlicher Nähe zum „anti-christlichen“ Kommunismus.

Wie bereits erwähnt, übte der Staat keinen direkten Einfluss auf die Kirchen aus. Aufgrund deren guter Verbindung nach Nordamerika und Europa konnten staatliche Autoritäten nur schwer auf Kirchenvertreter zugreifen. Im Konfliktfall mussten staatliche Sanktionen sorgfältig abgewogen werden, weil politische und wirtschaftliche Konsequenzen drohten, wenn es den Kirchen gelang, die internationale Öffentlichkeit zu mobilisieren. Insbesondere die eng verbündeten USA reagierten empfindlich auf allzu weitgehende Verletzungen der Religionsfreiheit. Vor diesem Hintergrund musste sich der Staat im Umgang mit christlichen Dissidenten zurückhalten. Man war bestrebt, ihnen so wenig Handlungsspielraum wie möglich zu geben, ohne in die religiöse Autonomie der Kirchen grundlegend einzugreifen. Regimekritische Gruppen wurden vom Geheimdienst unterwandert und argwöhnisch beaufsichtigt. Im Bedarfsfall reagierte der Staat mit Kampagnen, Einschüchterungsversuchen und gezielten Verhaftungen. Die Strategie bestand darin, die liberale Theologie und ihre Vertreter in eine gefährliche Nähe zum Kommunismus zu rücken, christlichen Organisationen mit staatlicher Zerschlagung zu drohen und sie in der Öffentlichkeit als „linke Sekten“ zu diskreditieren.

3. Räumliche Verteilung, Träger und Motive von Protesten

Welche Bedeutung haben die Konflikte in den Teilsystemen für den Demokratisierungsprozess? Wer sind die Träger der prodemokratischen Bewegung? Was sind ihre Motive? Für die kausale Erklärung des Regimewechsels in Südkorea 1987 sind diese Fragen von zentraler Bedeutung. Soweit der wesentliche Impuls zur Demokratisierung vom Dissidentenmilieu ausging, konzentriert sich die Aufmerksamkeit im Folgenden auf die Analyse von Protesten⁸ zwischen 1979 und 1987.

⁸ Die vorliegende Untersuchung orientiert sich weitgehend an der von Rucht und Neidhardt (1999: 68) vorgeschlagenen Begriffsdefinition. Demnach wurden alle Widerspruchshandlungen als Protest gezählt, sofern es sich nicht um staatliche Instanzen, rein privates Verhalten oder aggressive Ausschreitungen in Form von unpolitischem Vandalismus handelte. Im Unterschied zu Rucht und Neidhardt wurden auch Protesthandlungen von *Einzelpersonen* (zum Beispiel demonstrative Selbstmorde) mitgezählt, weil autoritäre Regime auf jede Form von Widerstand in der Regel viel sensibler reagieren als Demokratien.

Die Erhebung protestbezogener Daten konzentrierte sich auf die Analyse der englischsprachigen Tageszeitung *Korea Times*. Dabei handelt es sich um ein in der politischen Mitte angesiedeltes Medium mit landesweiter Verbreitung und Berichterstattung. Sie wird seit 1950 von

Räumliche Relevanz der Teilsysteme: Ein wichtiger Indikator für die Bedeutung der Teilsysteme im Demokratisierungsprozess ist die räumliche Verteilung von Protesten. Wie sich zeigt, konzentrierten sich die Demonstrationen der Regimekritiker überwiegend auf Universitäten, Fabriken oder Kirchengebäude. So fanden 74 Prozent der Studentenproteste an den Universitäten statt.⁹ Bei den Arbeitern lag der entsprechende Wert noch höher: 90 Prozent ihrer Proteste konzentrierten sich auf Fabriken und Unternehmen. Bei den christlichen Dissidenten lassen sich 75 Prozent der Proteste Kirchengebäuden oder anderen kirchlichen Lokalitäten zuordnen. Allein die Oppositionsparteien bewegten sich außerhalb dieses eindeutigen Musters. Zwischen 1981 und 1984 hatten sie keinen Zugang zum Parlament und konnten sich nicht politisch organisieren. Ihre Proteste spielten sich daher räumlich überwiegend außerhalb politischer Einrichtungen (Parteigebäude, Parlament etc.) ab. Dabei waren sie in hohem Maße auf Unterstützung durch andere Gruppen angewiesen. Dennoch machten sie in 44 Prozent aller Fälle, bei denen der Ort des Protests angegeben wurde, durch Aktionen im Parlament oder in Parteigebäuden auf sich aufmerksam.

Soziale Trägergruppen: Ein weiterer Indikator für die Bedeutung der Teilsysteme ist die Verteilung der Proteste auf verschiedene soziale Trägergruppen. Dabei zeigt sich, dass Studenten (59 Prozent), Arbeiter (20 Prozent), Pfarrer (9 Prozent) und Oppositionspolitiker (3 Prozent) an 91 Prozent der gemeldeten Protestveranstaltungen als Teilnehmer von der *Korea Times* erwähnt wurden. Bei genauem Hinsehen wird zudem deutlich,

einem koreanischen Verlag publiziert, der zugleich die koreanischsprachige *Hankook-Ilbo* herausgibt. Obgleich die Unterschiede in der Berichterstattung zur damals einzigen englischsprachigen Konkurrenz des *Korea Herald* marginal ausfallen, fiel die Entscheidung auf die *Korea Times*, weil diese im fraglichen Zeitraum der Innenpolitik etwas mehr Aufmerksamkeit schenkte. Die Auswertung von Tageszeitungen hat sich in den vergangenen Jahren in der Bewegungsforschung als allgemein anerkannte Methode zur Analyse von Protestereignissen etabliert (Rucht u.a. 1999). Obgleich die Selektivität von Pressemeldungen immer wieder kritisiert wird, gilt das Problem als nicht so gravierend, dass auf diese Datenquelle ganz verzichtet werden müsste, insbesondere wenn keine vergleichbaren Polizeidaten vorliegen (Koopmans und Rucht 2002: 247).

Im Fall Südkoreas stellte sich im Hinblick auf die Zuverlässigkeit der erhobenen Daten ein besonderes Interpretationsproblem ein, da die Medien während der 5. Republik unter Präsident Chun Doo-hwan einer strengen Zensur unterworfen waren. Die Auswirkungen der Zensur lassen sich nur schwer abschätzen. Ein Vergleich zwischen den ermittelten Protestereignissen und offiziellen Polizeistatistiken lässt jedoch vermuten, dass die Verzerrungen nicht so dramatisch ausfallen wie befürchtet: Im Erhebungszeitraum zwischen 1979 und 1987 gibt die *Korea Times* durchschnittlich 75 Prozent weniger Proteste an als verfügbare offizielle Polizeistatistiken. Das heißt, über eine beträchtliche Zahl von Protestereignissen wurde nicht berichtet. Im Hinblick auf die relative Verteilung der Protestangaben zeigt sich jedoch ein erfreulich gleichmäßiges Bild: Zwischen beiden Verteilungen herrscht eine weitestgehende Übereinstimmung (Kern 2005: 103–104). Somit spricht vieles dafür, dass diese Daten zwar keine Erkenntnisse über das Ausmaß von Protesten in absoluten Zahlen liefern, über relative Verteilungen, Zusammenhänge und Tendenzen scheinen jedoch verlässliche Aussagen möglich, was für das Erkenntnisinteresse vollkommen ausreicht.

⁹ Die Zahl der in der *Korea Times* genannten Räumlichkeiten und die Zahl der Proteste liegen zum Teil deutlich auseinander. Der Grund dafür besteht darin, dass sich die Proteste in einigen Fällen an mehreren Lokalitäten abspielten, während in anderen Fällen in der Zeitung keine konkreten Lokalitäten angegeben wurden.

Modernisierung und Demokratisierung

dass die einzelnen Trägergruppen bei ihren Demonstrationen größtenteils unabhängig voneinander auftraten:¹⁰ So blieben in 92 Prozent aller Fälle die Studenten bei ihren Protesten unter sich. Bei den Arbeitern liegt der Anteil der „reinen“ Arbeiterproteste bei 91 Prozent, bei den Oppositionspolitikern bei immerhin 85 Prozent. Die einzige Ausnahme von diesem allgemeinen Trend bildeten die christlichen Dissidenten: Sie blieben in nur 61 Prozent aller Fälle unter sich. Das heißt umgekehrt, sie traten häufig gemeinsam mit anderen Gruppen auf. Bei der Überbrückung von sozialen Grenzen zwischen den verschiedenen Trägergruppen und der Integration der Demokratiebewegung spielten sie folglich eine bedeutende Rolle (Kern 2005: 180–198).

Protestmotive: Schließlich kommen wir zu den Motiven für die Proteste, die in hohem Maße von konkreten Missständen in den Teilsystemen bestimmt waren (s. *Tabelle 1*). Beispielsweise den Arbeitern ging es in über 70 Prozent aller Fälle um den Abbau spezifischer Arbeiterrepressalien: die Garantie der drei Arbeiterrechte (freie Gründung von Gewerkschaften, freie kollektive Verhandlung, Streikrecht), die Auszahlung von Löhnen, Lohnerhöhungen, die Wiedereinstellung entlassener Gewerkschafter, das Ende der ökonomischen Ausbeutung und die Verhinderung von Betriebsschließungen. Dabei ist bemerkenswert, dass in nur 6 Prozent aller Fälle die Demokratie ausdrücklich als Protestforderung genannt wurde.

Tabelle 1: Protestthemen nach Gruppen (in Prozent)*

Protestthemen	Studenten	Arbeiter	Politiker	Christliche Dissidenten
Verfassungsänderung	29,2	5,7	32,1	37,5
Polizeigewalt	17,4	5,3	23,5	17,6
Repression von Dissidenten	7,7	3,5	28,4	17,1
Campusrepression	27,0	7,1	–	9,8
Verschiedene Grundrechte	5,6	3,9	14,2	6,8
Repression von Arbeitern	3,8	70,6	0,6	4,7
Nationale Selbstbestimmung	7,5	–	1,2	4,2
Sonstiges	1,8	3,9	–	2,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

* Die Grundgesamtheit bilden jene Proteste, bei denen in der betreffenden Zeitungsmeldung ein Thema genannt wurde. Es gab auch viele Proteste, bei denen kein Thema explizit genannt wurde.

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage gesammelter Protestmeldungen der Tageszeitung *Korea Times*, 1979–1987, sechs Ausgaben pro Woche (Grundgesamtheit = ermittelte Protestthemen gewichtet mit der entsprechenden Zahl von Protesten).

Bei den Studenten stand mit 29 Prozent das Interesse an einer „Verfassungsänderung“ zwar an erster Stelle, Konflikte im Universitätsbereich spielten aber ebenso eine herausragende Rolle: In immerhin 27 Prozent aller Fälle kreisten studentische Proteste um hochschulpolitische Themen („Campusrepression“) wie die Forderungen nach Zulassung freier Studentenorganisationen, Abschaffung des *graduation quota system*, Demokratisierung und Reform der Universitäten, Abschaffung der Militärlübungen für Stu-

¹⁰ Mit anderen Worten, in den Meldungen der *Korea Times* wurden keine weiteren Teilnehmergruppen erwähnt.

dentem, Rückzug aller auf dem Campus stationierten Polizeieinheiten etc. Das Thema Polizeigewalt reflektierte mit 17 Prozent ebenfalls ein besonderes Eigeninteresse, weil die Studenten aufgrund ihrer zahlreichen Demonstrationen am häufigsten mit Schlagstöcken, Tränengas und brutaler Folter konfrontiert waren.

Bei den Oppositionspolitikern stand das Thema Verfassungsänderung mit 32 Prozent an oberster Stelle. Darunter fallen alle Forderungen nach einem fairen politischen Wettbewerb durch Abschaffung der Diktatur, Direktwahl des Präsidenten, Stärkung des Parlaments etc. Ihnen ging es dabei nicht nur um ihre Inklusion als Wähler, wie bei den anderen Protestgruppen, sondern um den gleichberechtigten Zugang zur politischen Macht. In diesem Sinne hatten sie ein substantielles Eigeninteresse an einer Verfassungsänderung. Auf Platz 2 folgte mit 28 Prozent die Kategorie „Dissidentenrepression“: Die Forderungen der Oppositionspolitiker richteten sich dabei hauptsächlich gegen Berufsverbote in den eigenen Reihen (etwa für Oppositionsführer Kim Dae-jung), Hausarreste, Haftstrafen, Stigmatisierungs- und Einschüchterungsversuche seitens des Staates etc. An dritter Stelle engagierten sie sich mit 24 Prozent gegen die Polizeigewalt, unter der vor allem die Studenten – als wichtige Verbündete innerhalb der Demokratiebewegung – zu leiden hatten.

Im Fall der christlichen Dissidenten wird bei den Protestthemen erneut eine Abweichung erkennbar. Die christlichen Dissidenten orientierten sich in ihrer Themenwahl überwiegend an den generellen Interessen der Demokratiebewegung oder den substantiellen Eigeninteressen anderer Gruppen. Ihre eigenen teilsystemischen Interessen (etwa die Freilassung christlicher Dissidenten, Religionsfreiheit etc.) spielten im Vergleich dazu nur eine geringe Rolle. Die Forderung nach einer Verfassungsänderung stand mit 38 Prozent an der Spitze. An zweiter Stelle folgte mit 18 Prozent ihre Kritik an der massiven Polizeigewalt gegen Studenten. An dritter Stelle wandten sie sich (in 17 Prozent aller Fälle) gegen die Repression politischer, studentischer oder christlicher Dissidenten. In fast 10 Prozent aller Fälle solidarisierten sie sich mit den Studenten und engagierten sich für die Lösung universitätspolitischer Probleme. Mit ihrem starken Engagement für die Interessen anderer Trägergruppen sicherten sie sich nicht nur deren Anerkennung und Vertrauen, sondern leisteten einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer alle prodemokratischen Kräfte übergreifenden Koalition (Kern 2006: 157–252).

Die vorangehenden Darstellungen haben gezeigt, dass sich ein Großteil der Proteste zwischen 1979 und 1987 in Südkorea auf die Bereiche Bildung, Religion, Wirtschaft und Politik konzentrierten. Die treibenden sozialen Kräfte der Demokratisierung entpuppten sich dabei überwiegend als Rollenträger in den sozialen Teilsystemen: Studenten, Pfarrer, Arbeiter und Berufspolitiker. Die prominente Bedeutung dieser Gruppen beruht vermutlich nicht nur auf den beschriebenen Konfliktkonstellationen, sondern leitet sich auch aus dem Umstand ab, dass sich mit zunehmender arbeitsteiliger Durchorganisierung der Gesellschaft die Ressourcen für die Mobilisierung kollektiven Protesthandelns in den Teilsystemen konzentrierten (Zald und McCarthy 1987). Die Motive der Protestträger bewegten sich dabei weitgehend im Rahmen der verschiedenen institutionellen Ordnungen. Das heißt, die Forderung nach Demokratie war zumeist an die Forderungen nach der Abschaffung bestimmter strategischer Ungleichheiten in den Teilsystemen gebunden. Eine Ausnahme bildeten allein die religiösen Dissidenten. Ihr Engagement für Demokratisierung beruhte weniger auf „Missständen“ innerhalb des

Religionssystemen. Obgleich sie ebenfalls Repressalien ausgesetzt waren, befanden sie sich gegenüber anderen Trägergruppen der Demokratiebewegung in einer relativ komfortablen Situation. Ihre Protestforderungen deuten vielmehr darauf hin, dass ihr Engagement für Menschenrechte und Demokratie stärker von wertrationalen (weltanschaulichen) Überzeugungen angetrieben war.

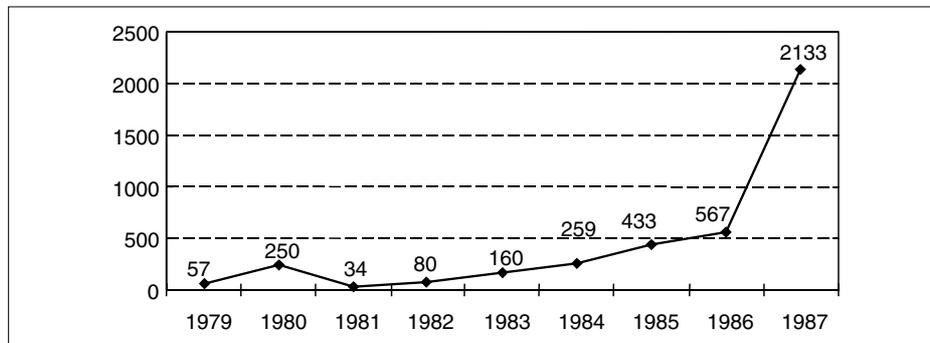
4. Strukturodynamik der Demokratisierung

Sozialer Wandel vollzieht sich nicht immer in der Form einer geordneten Transformation. In vielen Fällen werden gewohnte Verlaufsmuster durch kritische Momente (*critical junctures*) unterbrochen, in denen sich Chancen auf grundsätzliche Veränderungen eröffnen. Dabei ist oft von „Brüchen“ oder „Diskontinuitäten“ die Rede (Baur 2005: 133–137; Kern 2003; Mayntz 1997b). Das charakteristische Merkmal solcher Zäsuren ist ihre Kontingenz: Die Akteure sehen sich mindestens *einer* alternativen Zukunft gegenüber, für oder gegen die sie sich entscheiden müssen. Damit verbunden sind zu meist grundlegende Verschiebungen in den sozialen Kräfteverhältnissen. Mahoney (2001: 113) bezeichnet solche kritischen Momente als „choice points“, da Wahrnehmungen, Einschätzungen und Strategien in diesen Situationen einen ungleich größeren Einfluss auf den Verlauf der Geschichte ausüben als in Zeiten relativer Stabilität. Solche Zäsuren spielten auch im Demokratisierungsprozess Südkoreas eine maßgebliche Rolle.

Obgleich sich die Konflikte zwischen dem autoritären Regime und der Demokratiebewegung mit zunehmender Modernisierung und Differenzierung langsam verschärften, hatte das Regierungslager die prodemokratische Opposition in der Nachkriegszeit weitgehend unter Kontrolle. Die Interaktion zwischen beiden Seiten lässt sich größtenteils als „nichtkooperatives Spiel“ (Scharpf 2000: 171–184) charakterisieren: Das Verlaufsmuster folgte der Logik eines gegenseitigen Schlagabtauschs zwischen „Provokation“ (Protest) und „Repression“ (Oliver und Myers 1999), wobei das Regime aufgrund seiner überlegenen Machtpotenziale die Oberhand behielt. Auf direkte Gespräche ließ man sich nicht ein. In diesem Sinne folgte auf den Militärputsch von 1980 eine Periode der massiven Unterdrückung. Die prodemokratische Opposition erholte sich von diesem Schlag zwar nur langsam, aber schon 1982 lag das Niveau der Proteste wieder deutlich über dem des Vorjahres (vgl. *Abbildung 1*). 1983 milderte das Regime überraschend seine Repressionspolitik und versuchte der Demokratiebewegung durch Konzessionen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Anstieg der Proteste beschleunigte sich dadurch aber nur weiter.

Im Frühjahr 1986 kam es schließlich zu einer entscheidenden Zäsur, als das autoritäre Regime den Teufelskreis aus Provokation und Repression erstmals durchbrach, indem es vom Modus der *Nichtkooperation* in den Modus der *Kooperation* wechselte und sich auf direkte Verhandlungen mit der Opposition über eine neue Verfassung einließ (Kern 2004). Der Grund für diesen plötzlichen Strategiewechsel lag vermutlich im rapiden Anstieg der Proteste im Frühjahr 1986. Bis April hatte sich die Zahl der Protestkundgebungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum beinahe verdreifacht. Die Opposition hatte eine Unterschriftenkampagne gestartet, die die Regierung trotz massiven Po-

Abbildung 1: Zahl der Protestereignisse in Südkorea (1979–1987)



Quelle: Gesammelte Protestmeldungen der Tageszeitung *Korea Times*, 1979–1987, sechs Ausgaben pro Woche.

lizeieinsatzes nicht zu stoppen vermochte. Die Lage hatte sich zudem dadurch verschärft, dass immer mehr Universitätsprofessoren sich öffentlich auf die Seite der Opposition stellten. Diese Entwicklung war insofern bedenklich, als 1961 das Regime von Präsident Rhee Syngman nach massivem Wahlbetrug erst zurücktrat, nachdem die Professoren für die demonstrierenden Studenten öffentlich Partei ergriffen hatten.

Mit der Aufnahme von Verhandlungen verschaffte sich die Regierung eine Atempause. Die zuvor befürchtete Explosion der Proteste blieb aus: Von Mai bis Dezember 1986 erhöhte sich ihre Zahl gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres nur um knapp 10 Prozent. Gegenüber den beträchtlichen Steigerungen der vorangehenden Jahre war diese Zunahme moderat. Zugleich wurde ein Keil tief in das Bündnis der pro-demokratischen Kräfte getrieben; alte Interessenkonflikte zwischen regionalen Identitäten und politischen Orientierungen schienen erneut aufzubrechen. Durch eine geschickte Mischung aus Verhandlung, Repression und Verzögerung gelang es der Regierung, eine Einigung mit der Opposition immer weiter hinauszuschieben. Das Ziel der Hardliner im Regierungsblock bestand darin, die Verfassungsänderung bis nach den Olympischen Spielen 1988 in Seoul hinauszuschieben und anschließend das bisherige Präsidial- durch ein Kabinettsystem nach japanischem Vorbild zu ersetzen. Die Opposition hielt demgegenüber am geltenden Präsidialsystem fest.

Die zweite Zäsur erfolgte ein Jahr später im Frühjahr 1987: Am 13. April beendete Präsident Chun alle Gespräche über eine Verfassungsänderung und markierte damit einen erneuten Wechsel zurück in den Modus der *Nichtkooperation*. Die bisherigen Verhandlungen mit der Opposition bezeichnete er als kontraproduktiv. Die Gespräche über demokratische Reformen sollten erst nach den für 1988 geplanten Olympischen Sommerspielen in Seoul wieder aufgenommen werden. Mit dem Machtwort von Präsident Chun hatten sich die „Hardliner“ in der Regierung durchgesetzt. Damit war eine neue Situation entstanden: Solange beide Seiten miteinander verhandelten, bildete die *Ungewissheit* einen Schutz gegen die Gefahr einer unkontrollierten Eskalation. Die Interaktion folgte der Logik eines *Brinkmanship*-Spiels (Schelling 1980). Jede Partei hatte berechtigten Grund zur Hoffnung, ihre Ziele in einer Kompromisslösung zumindest teilweise durchsetzen zu können. Dabei versuchte jeder Verhandlungspartner durch kleine, aber kalkulierte Schritte der Repression beziehungsweise der Provokation, den

Modernisierung und Demokratisierung

Anderen zu Zugeständnissen zu bewegen. Beide konnten nur ahnen, ab welchem Punkt die Situation außer Kontrolle geraten und es zu einer Revolution beziehungsweise Niederschlagung kommen würde. Durch die kontrollierte Steigerung der Eskalation versuchten die Beteiligten ihre Glaubwürdigkeit in den Verhandlungen zu untermauern. Wer zuerst aufgab, scheiterte weniger am Anderen, als an der fehlenden eigenen Courage.¹¹

Nun war das Spiel aber erneut an einem Wendepunkt angekommen. Brinkmanship funktioniert nur, wenn die Bahn abschüssig und *ohne scharfe Kanten* verläuft (Dixit und Nalebuff 1997). Genau diese Logik war durch das Regime nun durchbrochen worden: Ungewissheiten waren durch Gewissheiten und Wahrscheinlichkeiten durch Sicherheiten ersetzt worden. Als Folge hatte die Protestkoalition nur noch zwei Optionen: Kapitulation oder Revolution. Das Regierungslager unterlag vermutlich einer Fehleinschätzung (Przeworski 1991). Immerhin war es den staatlichen Organen in den vorangehenden Monaten gelungen, jede angekündigte Großdemonstration zu unterbinden. Außerdem befand sich die Oppositionspartei in einer zermürbenden Spaltungskrise. Unter diesen Umständen hatten die Hardliner in der Regierung wohl geglaubt, den Abbruch der Verhandlungen riskieren zu können. Diese Rechnung ging aber nicht auf. Durch die Erklärung von Präsident Chun frustriert, setzte die Demokratiebewegung unerwartete Kräfte frei, stärkte ihr Bündnis neu und ging gegenüber dem Regime auf Konfrontationskurs.

Das ganze Land wurde in wenigen Wochen von einer beispiellosen Mobilisierungswelle erfasst, die im Juni 1987 ihren Höhepunkt erreichte. Nachdem die US-Regierung als wichtigster Verbündeter Südkoreas jeder gewaltsamen Niederschlagung öffentlich eine Absage erteilt hatte, blieb dem Regime kaum noch eine Wahl. Am 29. Juni gab die Regierung schließlich allen Forderungen der Demokratiebewegung nach und stimmte Verhandlungen über eine neue Verfassung zu. Damit stand dem Übergang zur Demokratie kein Hindernis mehr im Weg. Es kam zu zügigen Verhandlungen über eine Verfassungsänderung, die schließlich im Dezember mit der freien Wahl des neuen Präsidenten erfolgreich zum Abschluss gebracht wurden.

V. Schluss

Aus funktionalistischer Perspektive steigt mit zunehmender sozialer Differenzierung die Wahrscheinlichkeit für einen demokratischen Regimewechsel in der Gesellschaft. Der Grund dafür ergibt sich zum einen aus den Effizienzvorteilen der Demokratie (Parsons), zum anderen aus den Erfordernissen einer differenzierten Sozialstruktur (Luhmann). Obgleich funktionalistische Deutungen interessante heuristische Einblicke in den Zusammenhang von Modernisierung und Demokratisierung eröffnen, bleibt der zugrunde liegende kausale Mechanismus weiter im Dunkeln. Im Unterschied dazu richten neuere Ansätze der Differenzierungstheorie ihre Aufmerksamkeit auf die Kon-

11 „Der Punkt ist nicht: ‚Wenn Du mir nicht gehorchst, dann besteht das Risiko, dass ich die und die Aktion wählen werde.‘ Stattdessen heißt es: ‚Wenn Du mir nicht gehorchst, dann besteht das Risiko, dass dies und dies geschieht, wie sehr wir das auch beide hinterher bedauern werden“ (Dixit und Nalebuff 1997: 205).

stitution sozialer Strukturen und Prozesse. Ihr Augenmerk liegt dabei hauptsächlich auf Akteurinteressen, sozialen Trägergruppen, Hindernissen und zeitlichen Verlaufsformen sozialer Differenzierung.

Wie die vorangehenden Darstellungen gezeigt haben, beruhte die Legitimitätskrise des Regimes weniger auf den von Parsons und Luhmann prognostizierten generellen Leistungsdefiziten autokratischer Regime als auf der abnehmenden Akzeptanz für spezifische Formen dauerhafter strategischer Ungleichheit in den Teilsystemen: In der Industrie kreiste der Konflikt um die Teilhabe der Arbeiterschaft am langsam wachsenden Wohlstand, an den Universitäten um die Partizipation der Studenten in der Bildungspolitik und in den politischen Institutionen um die Behinderung des politischen Wettbewerbs durch die Regierung. Aus diesem institutionellen Kontext heraus hatten zahlreiche Gruppen ein starkes Interesse an der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der Einführung der Demokratie. Dabei spitzte sich die Konfrontation zwischen den Beteiligten umso stärker zu, je mehr die gesellschaftlichen Teilsysteme expandierten und je größer der Kreis der Betroffenen wurde.

Die sozialen Trägergruppen der Demokratisierung setzten sich somit hauptsächlich aus Rollenträgern in den Teilsystemen zusammen. Getragen wurde die Bewegung dabei wesentlich von Intellektuellen, prominenten Oppositionspolitikern, Künstlern und Kirchenvertretern. Ihr Interesse an Demokratisierung lässt sich zwar größtenteils mit der von Luhmann thematisierten „Staatsmachtbegrenzung“ auf einen gemeinsamen Nenner bringen (vgl. *Tabelle 1*), aus konstitutionstheoretischer Perspektive handelt es sich hier jedoch um ein *reflexives Interesse*, weil der Schutz der Menschenwürde, die Garantie von Kommunikations- und Versammlungsfreiheit sowie das Gleichheitsprinzip die Akteure in den Teilsystemen jeweils in die Lage versetzt, ihre substanziellen Interessen besser zu verfolgen. Bei den religiösen Dissidenten stand zudem das „Zu-Ende-Denken“ bestimmter theologischer Wertorientierungen und Ideen im Vordergrund und spielte eine wichtige Rolle bei der Integration der Demokratiebewegung. Die von Parsons betonten Effizienzgesichtspunkte waren für die Demokratisierung hingegen kaum von Belang. Im Gegenteil, die Vertreter des autoritären Regimes wiesen regelmäßig auf mögliche Gefahren sozialer Instabilität und negative Folgen für das Wirtschaftswachstum hin.

Der historische Verlauf des Demokratisierungsprozesses war durch eine spezifische Interaktionsdynamik zwischen der Demokratiebewegung und dem autoritären Regime bestimmt. Seit Beginn der Nachkriegszeit bewegte sie sich größtenteils im Modus der *Nichtkooperation*. Das heißt, beide Seiten reagierten jeweils nur mit den Mitteln des Protests und der Repression aufeinander, ohne direkt miteinander zu verhandeln. Diese Ausgangssituation änderte sich erst 1986, als die Regierung vermutlich aufgrund des wachsenden Drucks durch die Demonstranten und wegen der anstehenden Olympischen Sommerspiele (1988) in den Modus der *Kooperation* wechselte. Danach folgte die Dynamik den Regeln eines Brinkmanship-Spiels. Die entscheidende Wende kam, als das Regime wieder in den Modus der *Nichtkooperation* zurück wollte: Angesichts der großen Enttäuschung setzte die Demokratiebewegung neue Kräfte frei und überzog das Land mit einer Welle von Demonstrationen, mit denen im Juni 1987 das Regime schließlich zur Aufgabe gezwungen wurde. Das heißt, durch Modernisierung und Differenzierung entstand zwar ein genereller Druck in Richtung Demokratisierung, die

Modernisierung und Demokratisierung

Fehleinschätzung der politischen Lage durch die regierende Elite gab jedoch den letzten und entscheidenden Anstoß zum Regimewechsel.

Obgleich Einzelfallanalysen noch keine Generalisierung im Hinblick auf einen bestimmten sozialen Mechanismus erlauben, ergeben sich hier interessante Ansatzpunkte für komparative Studien. Wie Untersuchungen etwa über Taiwan, die Philippinen oder Thailand nahe legen, war der Demokratisierungsprozess in allen drei Ländern – ähnlich wie in Südkorea – in hohem Maße von großen prodemokratischen Koalitionen getragen (Merkel 1999; Croissant 2000; Chu 1998; Thompson 1995). Beim *National Movement for Free Elections* (Namfrel) auf den Philippinen, der *Dangwai-Bewegung* auf Taiwan und der *Confederation for Democracy* in Thailand handelte es sich jeweils um Dachorganisationen, in denen ein breites Spektrum von religiösen, politischen, studentischen, gewerkschaftlichen und anderen Gruppen miteinander verbunden waren. Obgleich sich die Zusammensetzung dieser Koalitionen und die Umstände der Demokratisierung stark voneinander unterscheiden, deutet vieles darauf hin, dass durch eine differenzierungstheoretische Herangehensweise auch in diesen Fällen erhebliche Fortschritte bei der Erklärung von Regimewechseln erzielt werden können.

Literatur

- Alexander, Jeffrey, und Paul Colomy (Hg.), 1990: *Differentiation Theory and Social Change. Comparative and Historical Perspectives*. New York: Columbia University Press.
- Baur, Nina, 2005: *Verlaufsmusteranalyse. Methodologische Konsequenzen der Zeitlichkeit sozialen Handelns*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beyme, Klaus v., 1996: Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder Osteuropas. S. 42–171 in: Wolfgang Merkel (Hg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Burkhardt, Ross E., und Michael S. Lewis-Beck, 1994: *Comparative Democracy: The Economic Development Thesis*. *The American Political Science Review* 88: 903–910.
- Cho, Kuk, 1997: *Tension between the National Security Law and Constitutionalism in South Korea: Security for What?* Korea Human Rights Foundation, <http://www.humanrights.or.kr/HRLibrary/HRLibrary8-kcho1.htm>, Zugriff am 17.09.2004.
- Chu, Yin-wah, 1998: *Labour and Democratization in South Korea and Taiwan*. *Journal of Contemporary Asia* 28: 185–202.
- CISJD (*Christian Institute for the Study of Justice and Development*), 1981: *Presence of Christ among Minjung. Introduction to the UIM in Korea*. Seoul: Christian Institute for the Study of Justice and Development.
- Coleman, James S., 1995: *Grundlagen der Sozialtheorie. Handlungen und Handlungssysteme*. München: Oldenbourg.
- Collier, David, und Steven Levitsky, 1997: *Democracy with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research*. *World Politics* 49: 430–451.
- Collier, Ruth Berins, 1999: *Paths Toward Democracy. The Working Class and Elites in Western Europe and South America*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Colomy, Paul, 1990: *Revisions and Progress in Differentiation Theory*. S. 465–495 in: Jeffrey Alexander und Paul Colomy (Hg.), *Differentiation Theory and Social Change. Comparative and Historical Perspectives*. New York: Columbia University Press.
- Croissant, Aurel, 2000: *Zivilgesellschaft und Transformation in Ostasien*. S. 335–372 in: Wolfgang Merkel (Hg.), *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*. Opladen: Leske + Budrich.

- Cummings, Bruce*, 1997: Korea's Place in the Sun. A Modern History. New York: W.W. Norton and Company.
- Diamond, Larry*, 2003: Universal Democracy? Policy Review 119: 3–25.
- Dinkel, Rainer*, 1989: Demographie. München: Franz Vahlen.
- Dixit, Avinash K.*, und *Barry J. Nalebuff*, 1997: Spieltheorie für Einsteiger. Stuttgart: Schaeffer Pöschel.
- Eisenstadt, Shmuel N.*, 1967: Sozialer Wandel, Differenzierung und Evolution. S. 75–91 in: *Wolfgang Zapf* (Hg.), Theorien des sozialen Wandels. Berlin: Kiepenheuer & Witsch.
- Esser, Hartmut*, 1993: Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt a.M.: Campus.
- Esser, Hartmut*, und *Klaus G. Troitzsch*, 1991: Probleme der Modellierung sozialer Prozesse. S. 13–26 in: *Hartmut Esser* und *Klaus G. Troitzsch* (Hg.), Modellierung sozialer Prozesse. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften.
- Foucault, Michel*, 1977: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony*, 1995: Theorie der Strukturierung. Frankfurt a.M.: Campus.
- Giegel, Hans-Joachim*, 2004: Gleichheit und Ungleichheit in funktional differenzierten Gesellschaften. S. 105–130 in: *Thomas Schwinn* (Hg.), Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung. Frankfurt a.M.: Humanities Online.
- Granovetter, Mark S.*, 1979: The Idea of Advancement in Theories of Social Evolution und Development. American Journal of Sociology 85: 489–515.
- Huntington, Samuel P.*, 1991: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. Norman: University of Oklahoma Press.
- Huntington, Samuel P.*, 1996: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München: Europa-Verlag.
- Inglehart, Ronald*, und *Wayne E. Baker*, 2000: Modernization, Cultural Change, and the Persistence of Traditional Values. American Sociological Review 65: 19–51.
- Joas, Hans*, 1992: Die Kreativität des Handelns. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kern, Thomas*, 2001: Das andere Wachstumswunder: protestantische Kirchen in Südkorea. Zeitschrift für Soziologie 30: 341–361.
- Kern, Thomas*, 2003: Kritische Ereignisse, Memory Frames und Protest in Südkorea (1980–1987). Berliner Journal für Soziologie 13: 1–23.
- Kern, Thomas*, 2004: Strukturdynamiken im Demokratisierungsprozess. Das Fallbeispiel Südkoreas. Asien (93): 52–72.
- Kern, Thomas*, 2005: Südkoreas Pfad zur Demokratie. Modernisierung, Protest, Regimewechsel. Frankfurt a.M.: Campus.
- Kim, Eugene C.*, 1973: Education in Korea. S. 137–145 in: *Andrew C. Nahm* (Hg.), Korea under Japanese Colonial Rule. Studies of the Policy and Techniques of Japanese Colonialism. Kalamazoo: The Center for Korean Studies at the Western Michigan University.
- Kim, Han-kyo*, 1973: The Japanese Colonial Administration in Korea: An Overview. S. 41–53 in: *Andrew C. Nahm* (Hg.), Korea under Japanese Colonial Rule. Studies of the Policy and Techniques of Japanese Colonialism. Kalamazoo: The Center for Korean Studies at the Western Michigan University.
- Kim, Sunhyuk*, 2000: The Politics of Democratization in Korea. The Role of Civil Society. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Koopmans, Ruud*, und *Dieter Rucht*, 2002: Protest Event Analysis. S. 231–259 in: *Bert Klandermans* und *Suzanne Staggenborg* (Hg.), Methods of Social Movement Research. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Lipset, Seymour Martin*, 1981: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Legitimacy. S. 459–476 in: *Martin S. Lipset* (Hg.), Political Man. The Social Basis of Politics. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Luhmann, Niklas*, 1974: Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie. Berlin: Duncker & Humblot.
- Luhmann, Niklas*, 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Modernisierung und Demokratisierung

- Luhmann, Niklas*, 1986: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas*, 1987: Machtkreislauf und Recht in Demokratien. S. 142–151 in: *Niklas Luhmann* (Hg.), *Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mahoney, James*, 2001: Path-dependent Explanations of Regime Change: Central America in Comparative Perspective. *Studies in Comparative International Development* 36: 111–141.
- Mayntz, Renate*, 1997a: Funktionelle Teilsysteme in der Theorie sozialer Differenzierung. S. 38–69 in: *Renate Mayntz* (Hg.), *Soziale Dynamik und politische Steuerung. Theoretische und methodologische Überlegungen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Mayntz, Renate*, 1997b: Soziale Diskontinuitäten. S. 115–140 in: *Renate Mayntz* (Hg.), *Soziale Dynamik und politische Steuerung. Theoretische und methodologische Überlegungen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Mayntz, Renate*, 2004: Mechanisms in the Analysis of Social Macro-Phenomena. *Philosophy of the Social Sciences* 34: 237–259.
- Merkel, Wolfgang*, 1996: Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung? S. 303–332 in: *Wolfgang Merkel* (Hg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang*, 1999: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Ministry of Education*, 2004: Education in Korea: 2003–2004. Seoul: Ministry of Education and Human Resources Development.
- Nahm, Andrew C.*, 1997: History. S. 39–98 in: *John H. Koo* und *Andrew C. Nahm* (Hg.), *An Introduction to Korean Culture*. Seoul: Hollym.
- Nahm, Andrew C.*, 2002: Korea: Tradition and Transformation. A History of the Korean People. Seoul: Hollym.
- Neidhardt, Friedhelm*, und *Dieter Rucht*, 1993: Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. *Soziale Welt* 44: 305–326.
- O'Donnell, Guillermo*, 2001: Democracy, Law, and Comparative Politics. *Studies in Comparative International Development* 36: 7–36.
- Ogle, George*, 1990: South Korea: Dissent with the Economic Miracle. London: Zed Books Ltd.
- Oliver, Pamela E.*, und *Daniel J. Myers*, 1999: The Opposing Forces Diffusion Model: The Initiation and Repression of Collective Violence. Working Paper and Technical Report Series, Number 1999–01, University of Notre Dame, Department of Sociology. Notre Dame.
- Parsons, Talcott*, 1967: Evolutionäre Universalien in der Gesellschaft. S. 55–74 in: *Wolfgang Zapf* (Hg.), *Theorien des sozialen Wandels*. Berlin: Kiepenheuer & Witsch.
- Parsons, Talcott*, 1972: Das System moderner Gesellschaften. München: Juventa.
- Parsons, Talcott*, 1975: Gesellschaften. Evolutionäre und komparative Perspektiven. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Pierson, Paul*, 2004: Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis. Princeton: Princeton University Press.
- Pollack, Detlef*, 1990: Das Ende der Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. *Zeitschrift für Soziologie* 19: 292–301.
- Przeworski, Adam*, 1991: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam*, 2003: A Flawed Blueprint. *Harvard International Review* 25: 42–47.
- Rucht, Dieter*, *Ruud Koopmans* und *Friedhelm Neidhardt* (Hg.), 1999: Acts of Dissent. New Developments in the Study of Protest. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Rucht, Dieter*, und *Friedhelm Neidhardt*, 1999: Methodological Issues in Collecting Protest Event Data. S. 65–89 in: *Dieter Rucht*, *Ruud Koopmans* und *Friedhelm Neidhardt* (Hg.), *Acts of Dissent: New Developments in the Study of Protest*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Rüchemeyer, Dietrich*, 1977: Structural Differentiation, Efficiency, and Power. *The American Journal of Sociology* 83: 1–25.

- Rüchemeyer, Dietrich, Evelyn H. Stephens und John D. Stephens, 1992: Capitalist Development and Democracy. Chicago: University of Chicago Press.
- Scharpf, Fritz W., 2000: Interaktionsformen: akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Schelling, Thomas, 1980: The Strategy of Conflict. Cambridge: Harvard University Press.
- Schimank, Uwe, 1996: Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. Opladen: Leske + Budrich.
- Schimank, Uwe, 2000: Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie. Weinheim: Juventa.
- Schmidt, Volker, 2005: Die Systeme der Systemtheorie. Stärken, Schwächen und ein Lösungsvorschlag. Zeitschrift für Soziologie 34: 406–424.
- Schönfeldt, Eberhard, 1996: Der Edle ist kein Instrument. Bildung und Ausbildung in Korea (Republik) – Studien zu einem Land zwischen China und Japan. Kassel: Universität Kassel.
- Schwinn, Thomas, 2001: Differenzierung ohne Gesellschaft. Umstellung eines soziologischen Konzepts. Weilerswist: Velbrück.
- Schwinn, Thomas (Hg.), 2004a: Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung. Frankfurt a.M.: Humanities Online.
- Schwinn, Thomas, 2004b: Institutionelle Differenzierung und soziale Ungleichheit. S. 9–70 in: Thomas Schwinn (Hg.), Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung. Frankfurt a.M.: Humanities Online.
- Song, Ho-keun, 2001: State and Labor under the Park Chung Hee Regime. Seoul National University, http://sociology.snu.ac.kr/hksong/articles/Song_HK_Final.doc, Zugriff am 17.09.2004.
- Sorensen, Aage B., 1996: The Structural Basis of Social Inequality. The American Journal of Sociology 101: 1333–1365.
- Sorensen, Aage B., 2000: Toward a Sounder Basis for Class Analysis. The American Journal of Sociology 105: 1523–1558.
- Thompson, Mark R., 1995: The Anti-Marcos Struggle: Personalistic Rule and Democratic Transition in the Philippines. New Haven: Yale University Press.
- Tilly, Charles, 1984: Big Structures, Large Processes, Huge Comparisons. Sage: New York.
- Weber, Max, 1986: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. (8. Aufl.). Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Wejnert, Barbara, 2005: Diffusion, Development, and Democracy, 1800–1999. American Sociological Review 70: 53–81.
- Welzel, Christian, 1996: Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz: Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch. S. 47–80 in: Wolfgang Merkel (Hg.), Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Willke, Helmut, 1998: Systemtheorie III: Steuerungstheorie. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Zald, Mayer N., und John D. McCarthy (Hg.), 1987: Social Movements in an Organizational Society. Collected Essays. New Brunswick: Transaction Publishers.

Korrespondenzanschrift: PD Dr. Thomas Kern, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Rothenbaumchaussee 32, 20148 Hamburg

E-Mail: Kern@giga-hamburg.de